

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Theil: Fritz Junert in Breslau, Wilhelm-Ufer 1.

Die „Volkswacht für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete“ ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen.

Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 A.

Mittwoch, 30. September.

Die „Volkswacht für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete“ erscheint wöchentlich 6 Mal. Der Insertionspreis für die 8gespaltene Zeile beträgt 20 A. Postzeitungsliste Nr. 5540.

Arbeiter! Arbeiterfrauen!

Ein neues Quartal steht vor der Thür und mit großem Wortschwall treten eine Anzahl von Blättern und Blättchen an Euch heran mit den dringendsten Aufforderungen zum Abonnement.

Sie alle, gleichviel, welcher Parteirichtung sie angehören mögen, versichern Euch, daß sie es sind, die stets das Wohl der arbeitenden Bevölkerung im Auge haben, — daß sie es sind, die für Eure Besserstellung, für Eure Belehrung und Eure Unterhaltung sorgen. Und nur zu oft, Arbeiter und Arbeiterfrauen, glaubt Ihr diesen glatten und schmeichlerischen Beteuerungen und unterstützt diese Presse durch Euer Abonnement.

Erst prüfet — dann wählet! Wenn einer Eurer Kameraden in der Fabrik durch den schätzbaren Geiz eines Unternehmers infolge mangelhafter Schutzvorrichtung schrecklich verstümmelt wurde oder wol gar eines grauenhaften Todes starb, wer war es, der noch stets von der eigenen Unvorsichtigkeit Eures unglücklichen Kameraden zu erzählen wußte? Das waren die bürgerlichen, die „unparteiischen“ Zeitungen! Und wer war es, der in diesen Fällen der Wahrheit die Ehre gab und die gewissenlosen Unternehmer an den Pranger der Öffentlichkeit stellte, — der laut auf Beseitigung der Mißstände drang? Einzig und allein die Presse des klassenbewußten Proletariats — die „Volkswacht“! Welche Zeitung werdet Ihr nun abonniren?!

Wenn es sich darum handelte, bessere Löhne zu erringen, damit Ihr Arbeiter und Arbeiterfrauen eine bessere Lebenshaltung führen könnt, da waren es wieder die „unparteiischen“ Zeitungen aller Schattirungen, die über Eure „Unersättlichkeit“ und „Begehrlichkeit“ schimpften — allein die sozialdemokratische Presse, in Schlesien die „Volkswacht“, war es, die energisch und mutig Eure Interessen verfocht! — Arbeiter und Arbeiterfrauen, welches Blatt ist Euch nun lieber? Werdet Ihr jene Zeitungen durch Euer Abonnement unterstützen, die bei jeder Gelegenheit beweisen, daß sie Eure Feinde sind?!

Nein und tausendmal nein! Wer Euer Geld nimmt, der soll auch Eure Ansichten und Eure Interessen vertreten und das tut keine bürgerliche Zeitung, mag sie sich nun freisinnig, unabhängig, oder sonstwie nennen. All diese Zeitungen, sie spekuliren nur auf Eure Unkenntnis! Beweist, daß sie sich dabei arg verrechnet haben! Folgt ihren Lockrufen nicht und abonnirt auf die „Volkswacht“!

Die „Volkswacht“ tritt mannhaft und unerschrocken für die Interessen der Arbeiterschaft ein! Ihre Leitartikel klären Euch über alle Vorgänge in der Politik auf. Die Sozialpolitische Rundschau bringt alles Wissenswerte aus dem In- und Auslande. Ein gutes Feuilleton sowie eine reichhaltige kleine Chronik bieten unterhaltenden Lesestoff für jede Arbeiterfrau. Die Breslauer Nachrichten und Gerichtliches melden jedes wissenswerte Vorkommnis aus der Landeshauptstadt und den Gerichtssälen unparteiisch und zuverlässig. Die Rubriken Schlesien und Posen geben ein getreues Spiegelbild aller wissenswerthen Vorkommnisse aus beiden Provinzen. Mit der Veröffentlichung der Ständesammlungen

Nachrichten und Lotterie-Ziehungslisten glauben wir vielen berechtigten Wünschen entgegenzukommen und unser Briefkasten giebt auf alle Fragen kurz, schnell und zuverlässig Auskunft.

All das bietet die „Volkswacht“ ihren Lesern für den geringen Abonnementpreis von vierteljährlich 2 Mark 50 Pf. oder wöchentlich 20 Pf. Und sie wird im nächsten Quartal noch mehr bieten können, sobald jeder unserer alten treuen Abonnenten einen einzigen weiteren neuen Abonnenten gewinnt!

Arbeiter und Arbeiterfrauen! Sorgt dafür, daß unser Abonnentenstand sich verdoppelt und wir werden dafür sorgen, daß die „Volkswacht“ noch nachdrücklicher wie bisher ihrem Namen Ehre macht — daß sie eine Wacht des Volkes wird in des Wortes schönster und größter Bedeutung.

Auf zum zahlreichen Abonnement!

Mit Brudergruß
Redaktion und Expedition
der „Volkswacht“.

Noch ein „Parvenu.“

Berliner Brief.

41.

... t. Wir haben unsern letzten Brief durch einige Ergänzungen zu vervollständigen.

Im Gegensatz zu Napoleon I., welcher im Zeremoniell die Gepflogenheiten der alten Monarchie aufrecht erhielt, verließ sein Neffe Napoleon III., wenn auch unfreiwillig, in diesem Punkte die Ueberlieferungen des ersten Franzosenkaisers.

Die Zeiten des Staatsstreiches waren andere wie die der ersten Jahre dieses Jahrhunderts.

Napoleon I. war nicht nur der Schwiegersohn des österreichischen Kaisers geworden. Auch seinen Stiefsohn Eugen, seine Brüder und Schwestern hatte er mit Prinzen und Prinzessinnen regierender Häuser verheiratet.

Zur Zeit des Erfurter Fürstentages, als der große französische Schauspieler Talma vor einem „Barriere von Königen“ spielte, hätte es fast jeder deutsche Fürst als eine „Ehre“ betrachtet, mit dem „Parvenu“ verwandtschaftlich verbunden zu sein.

Nach dem Sturze des ersten Napoleon änderte sich das alles sehr schnell. Die Verbindungen, welche Mitglieder der Familie Bonaparte mit Sprossen fürstlicher Häuser eingegangen waren, konnten zwar nicht mehr aus der Welt geschafft werden, besonders da die Sprößlinge dieser Verbindungen wieder „standesgemäße“ Ehen schließen mußten, aber die Reaktion, welche nach 1815 über Preußen, Deutschland, ja über fast ganz Europa hereingebrochen war, brachte auch das „Gottessgnadentum“ wieder mehr zu Ehren und stellte dasselbe dem fürstlichen „Parvenutum“ der Bonapartes entgegen.

Auf diese Weise sind u. a. der bayerische und württembergische Königshof, das badische Fürstentum, ja auch die fürstlichen Hohenzollern mit dem Napoleoniden verschwägert worden, während es Napoleon III. nicht gelingen wollte, sich mit den europäischen „Souveränen“ auf vollkommen gleichen Fuß zu setzen.

Einen drastischen Beweis hierfür liefert das folgende Begebnis.

Der österreichische Minister Graf Buol hatte den Höfen in Petersburg und Berlin vorgeschlagen, Louis Napoleon, der sich eben durch den Staatsstreich zum Regenten von Frankreich aufgeworfen hatte, zwar als Kaiser anzuerkennen, ihm aber in den Briefen der „Souveräne“ den üblichen Brudertitel zu verweigern.

Dieser Vorschlag wurde angenommen.

Aber schließlich besannen der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen sich eines Besseren und wandten in ihren ersten Briefen an den neuen Herrscher den Brudertitel doch an, ohne daß eine Verständigung mit dem russischen Hofe vorhergegangen war.

Kaiser Nikolaus blieb bei der Abmachung und rebete den französischen Kaiser wie den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika „mein großer Freund“ an.

Sollte man es für möglich halten, daß in dieser Anrede eine Kränkung gefunden wurde, welche einen europäischen Krieg zur Folge hatte?

Und doch ist dem so.

Diese Anrede vergaß Napoleon dem russischen Kaiser nicht. Sie war vielmehr für seine persönliche Haltung in den nächsten Jahren, die den Krimkrieg brachten, mit entscheidend. —

Da es somit nicht gelang, entschieden und einheitlich Napoleon III. gegenüber aufzutreten, so wurde dieser zu der Taktik getrieben, sich ganz offen als „Parvenu“ im Gegensatz zu den alten Monarchien hinzustellen.

Louis Napoleon hatte bei seiner Thronbesteigung offenbar die Wahl, sein System entweder auf die russische oder auf die englische Allianz zu gründen.

Vielleicht wäre erstere populärer und für Frankreich vorteilhafter gewesen, hätte man nur die politischen, nicht die dynastisch-personlichen Interessen im Auge gehabt.

Letzteren, das hatte der Erbe Napoleon I. gleich von vorn herein erkannt, konnte nur die englische Allianz dienen.

Aber nicht blos Schutz gegen seine inneren Feinde suchte er in der britischen Allianz, sondern auch das Mittel, sich die Stellung zu erwerben, welche Kaiser Nikolaus in Europa einnahm, und schon deshalb konnte er sich wenigstens vor der Hand nicht mit Rußland alliren.

Napoleons Ratgeber rechneten gleich von Anfang an auf die Orientfrage wie der Toreador auf die rote capa, wenn es sich darum handelt, den Kampfthier zur höchsten Wut zu reizen. Aus Rache für den verweigerten Brudertitel, vor allem aber in der Absicht, die Elemente für den geplanten europäischen 2. Dezember in Fuß zu bringen, wurde in Paris beschlossen, den Angriff auf die bestehenden Verträge im Oriente zu beginnen.

Was Napoleon mit diesem Kriege bezweckte, war klar: Zunächst galt es, dem Kaiser Nicolaus die moralische Hegemonie entreißen, die dieser in Europa ausübte, dann nach Befiegung Rußlands freie Hand gewinnen, um die Verträge von 1815 zu zerreißen,

Frankreich seine sogenannten natürlichen Grenzen wiederzugeben und die Karte von Europa in Gemäßheit der napoleonischen Ideen umzugestalten.

Damals trat Louis Napoleon im Compiègne in nähere Beziehungen zu der schönen Tochter der Gräfin Montijo.

Bei seiner Verheiratung mit dieser wirkten außer der Leidenschaft auch politische Erwägungen mit, hatte sich der Kaiser doch überzeugen müssen, daß er von den europäischen Höfen nur Zurückweisungen erfahren würde.

So beschloß er denn, diesen Höfen auf seine Art die Spitze zu bieten.

Die Ansprache, welche er am 22. Januar 1853 an die großen Körperschaften des Staates in den Tuilerien richtete, um seine Vermählung anzukündigen, legt in dieser Hinsicht vollgiltiges Zeugnis ab.

In dieser Ansprache betonte Napoleon III. ausdrücklich, daß er Europa gegenüber frank und frei die Stellung eines Parvenu einnehme, einen glorreichen Titel, wenn man durch das allgemeine Stimmrecht eines großen Volkes emporgekommen sei.

Diese Züge aus dem Leben Napoleons III. mögen genügen, um ihn für die Frage der Emporkömmlingschaft zu beurteilen.

War Napoleon I. ein genialer Feldherr und großer Staatsmann im alten Sinne des Wortes, so sind Napoleon III. jähe Energie und bedeutendes diplomatisches Geschick nicht abzusprechen. Dieser hat es vom abenteuernden, ziemlich mittellosen Prinzen zum Kaiser der Franzosen, jener vom armen Advokatensohn zum Oberherrn über Kaiser und Könige gebracht. Aber beide waren gleich wenig wählerisch in der Anwendung der Mittel, welche sie zum Ziele führen sollten.

Der Weg beider Männer ging durch Blut und über Leichen. Gewalt, Untreue, Verrat, Meineid standen bei ihnen im Bunde mit den Vorzügen, die hier angebeutet.

Gewiß nicht das, daß sie sich aus verhältnismäßig kleinen Anfängen zu einer imponirenden Stellung in der Welt emporgearbeitet haben, macht sie uns verächtlich, sondern der Umstand, daß sie in der Zuhilfenahme der Mittel gewissenlos erbärmlich handelten.

Nicht die geistige Ueberlegenheit macht das Parvenatum anrüchig, sondern die meistens damit verknüpfte Strupellofigkeit (Frechheit) bei Entfernung der Hindernisse, welche sich ihm in den Weg stellen.

Dem Proletariat ist der Begriff „Parvenu“ auch ein verhaßter, weil er weiß, daß das Emporkommen in der Jetztzeit noch mehr als früher trotz persönlicher Tüchtigkeit fast nur durch das rücksichtsloseste Beiseite-schieben, durch Unterdrückung und Ausbeutung möglich ist.

Es zeigt sich oft, daß die Geschichte nicht ohne Humor ist. Dies bewahrheitet auch die Neuzeit.

Denn in Erfurt, wo vor mehr als achtzig Jahren ein Fürstentkongreß stattfand mit dem größten „Parvenu“ seines Jahrhunderts als Mittelpunkt und allgewaltigem Gebieter, wird binnen weniger Tage ein Arbeiterkongreß zusammentreten, beschickt durch das deutsche auf-

geklärte Proletariat, um einen neuen Schritt auf der Bahn vorwärts zu tun, welche durch Aufhebung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln auch zur Befreiung vom „Parvenutum“ jeder Gattung führen wird und — führen muß.

In die Parteigenossen!

Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 11. September, in der wir, im Anschlusse an die in Berliner Versammlungen erhobenen Anklagen gegen den Parteivorstand und die Reichstags-Fraktion die Herren von der Opposition aufforderten:

„Ihre Anschuldigungen genau zu formulieren und unter Beifügung des nötigen Beweismaterials dem Erfurter Parteitag zu unterbreiten.“

haben mehrere Genossen, welche selbst nicht auf dem Boden der Opposition stehen, aber gerade um deswillen den Anhängern der Letzteren keinen Vorwand für die Behauptung bieten möchten, als sei ihnen keine Gelegenheit geboten worden, alle ihre Anschuldigungen und die dafür vorhandenen Beweismittel zur Kenntnis der Delegirten zu bringen, die Frage aufgeworfen:

Auf welchem Wege die Herren der Opposition ihre Anschuldigungen vor den Parteitag bringen können und welches Organ zu ihrer Vertretung ihnen dort zur Verfügung stehe?

Auf diese Anfrage können wir nur erklären, daß den Herren von der Opposition genau dieselben Wege offen stehen, ihre Anträge, Wünsche und Beschwerden vor den Parteitag zu bringen, wie allen übrigen Genossen.

Anträge an den Parteitag sind nach den Bestimmungen unserer Organisation bei der Parteileitung einzureichen oder direkt auf dem Parteitag zu stellen.

Beschwerden über die Parteileitung oder deren Geschäftsführung nimmt aber das Mitglied der Kontrolleure August Jacoben, Berlin N., Hochstraße 33, Hof III, entgegen.

Es steht den Anhängern der Opposition also frei, ob sie ihre Beschwerden zc. an die Parteileitung, die Kontrolleure oder direkt an das Präsidium des Parteitages einbringen wollen. Der Parteitag selbst wird dann über die ihm geeignet erscheinende Form der Prüfung zu bestimmen haben.

Für eine ihnen geeignet erscheinende persönliche Vertretung ihrer Anklagen und Beschwerden auf dem Parteitag zu sorgen, ist natürlich Sache der Anhänger der Opposition selbst, was ihnen um so leichter wird, als mehrere Angehörige der Opposition als Vertreter nach Erfurt gewählt worden sind.

Wir haben zu dem Parteitag die Zuversicht, daß auf demselben die erhobenen Anschuldigungen gründlich geprüft und die Entscheidung — ohne Ansehen der Person — so gefällt wird, wie es die Gerechtigkeit, die Ehre und das Interesse der Partei erfordern.

Berlin, im September 1891.

Der Parteivorstand.

Sozialpolitische Rundschau. Deutschland.

Ein Appell an die rohe Gewalt, wie ihn die „Kreuzzeitung“ gegen die Sozialdemokraten so bringend propagirt, erlebte in einer Versammlung der Kriegervereinsvorstände aus Seehausen und Umgegend ein patriotischer Doktor, „Herr Kamerad“ Thümmel, Assistenzarzt in Seehausen (Kreis Wanzleben). Die Versammlung war der wichtigen Frage gewidmet, auf welche Weise die Kriegervereine das Eindringen sozialdemokratischer Ideen und Elemente in ihre Reihen zu verhindern haben; trotz der Wichtigkeit der Frage mußten aber die Herren Patrioten über den schlechten Besuch und die Lässigkeit der „Herrn Kameraden“ klagen; in dessen tat dieser Mangel an geistigen Kämpfen der Wichtigkeit ihrer Beschlüsse keinen Abbruch, wie aus dem Bericht der „Seehäuser Warte“ zu ersehen. Da lesen wir als Quintessenz der Debatten:

„Der Herr Doktor verschrieb oder empfahl vielmehr ein sehr durchschlagendes Rezept, von Eis-Kraut, welches bei Bielefeld und in Eisleben Wunderkuren bewirkt habe. Dasselbe gefalle zwar den Sozialdemokraten nicht, wie er aus einem Berichte in der „Landpost“, welche er vor sich hatte, ersehe, indessen probat schein es gewesen zu sein.“

Und die edle Redaktion fügt verständnisinnig bei: „Wir wollen dazu bemerken, daß es nicht allein ein allopathisches, wie man vermuten könnte, sondern ein homöopathisches Mittel gewesen ist: Similia similibus. Gleiches wird durch Gleiches vertrieben.“

Das Blatt übersieht hierbei nur das Eine, daß nämlich umgekehrt ein Schuh daraus wird: von dem homöopathischen Charakter dieses Mittels wäre erst dann zu reden, wenn einmal die Sozialdemokraten mit Knütteln und Eisenstangen in die Kriegervereins-Versammlungen einbrächen und die „durchschlagende Wirkung“ des „Eis-Kraut“, seine „Wunderkuren“ erprobten. Dann würden aber „Kreuzzeitung“ und Kriegervereine den Grundsatz: Similia similibus nicht anerkennen, sondern, wie in dem Buerer Falle, in sittlicher Entrüstung über die Mordlust der Sozialdemokratie ausbrechen. Die kirchlichen und gesetzesfrommen Junker der „Kreuzzeitung“ mögen also hier ihre Entrüstung ablagern, sie brauchen dann keine Tendenzflügen à la Buer.

Die Getreidezölle sind ein goldener Strom für die Regierung. In die Staatskassen führten sie in den Jahren

1880	Mk. 14,455,000
1881	„ 16,575,000
1882	„ 19,029,000
1883	„ 18,825,000
1884	„ 23,816,000
1885	„ 30,137,000
1886	„ 30,194,000
1887	„ 46,479,000
1888	„ 57,167,000
In den beiden letzten Jahren brachten die Zölle und Verbrauchssteuern dem Reiche ein:	
1889/90	Mk. 528,086,400
1890/91	„ 537,399,100

Reb Abraham.

Novelle aus dem Leben der Chassidim. Von Kasimir Kasemann.

(Nachdruck verboten.)

Infolge der Geburt einer Tochter, die Abrahams zweite Gattin ihm schenkte, näherte er sich wieder der Außenwelt und gründete eine große Schnittwaarenhandlung, die er aber durch einen Geschäftsführer leiten ließ. Die Einsamkeit war noch zu verlockend für ihn, der Talmaud und die Frömmigkeit gewährten seinem wüthensdürstigen Geiste jetzt wie zuvor die höchste Nahrung, und er fühlte, wie entfernt er der Vollkommenheit war, nach welcher sein Geist schmachtete.

In dieser Zeitperiode ereignete sich ein Vorfall, der den jungen Talmaudforscher auf neue Bahnen lenkte. Sein Vater, der weiße Rabbi und Wahrsager war gestorben — im Wahnsinn! Die letzten Jahre hatte er sich mit der Lösung eines Problems befaßt, welches für das gesamte Israel von größter Wichtigkeit war: Laut Behauptung vieler Tanaiten*) leben die frommen Gläubigen im Jenseits, geblendet von der majestätischen Pracht Gottes, in ewiger Erntase und tiefer Kontemplation, aus der keine Macht sie herausreißen könne. — Nach den Aussprüchen anderer Kabalisten ist das Jenseits ein Paradies ewigen Genusses und ununterbrochener Vergnügens, wo Fleisch eines riesigen Ochsen und des Leviatans gegeben und Wein getrunken werde, welcher seit Zeiten des Vaters Noach aufbewahrt sei. — Welche Version ist also die richtige? Die Lösung

können nur die fünf Bücher Moses bieten, doch welche schwierige Arbeit ist es, deren Sinn zu ergründen, wie müssen die einzelnen Worte, ja Silben, Andeutungen, die „bedeutungsvollen“ Punkte in dem Wirrwarr verglichen, kommentirt und zusammengesetzt werden, aus denen die logischen Schlüsse zu ziehen sind. Dieser erhabenen Aufgabe hatte sich der Rabbi Ben Juda mit dem ganzen Eifer seiner Wißbegierde gewidmet und schon glaubte er sich infolge seines „scharfen“ Verstandes und seiner Gelehrsamkeit nahe am Ziel, das dem Volke Israel zum Ruhm und zur Herrlichkeit geheißen sollte, als plötzlich die Geister Erds die Sinne des unermüdblichen Forschers unmahteten, aus welchem Wahnsinn ihn bald der Tod erlöste.

Bittere und ernste Trauer senkte sich über die Seele Abrahams und eine tiefe Melancholie bemächtigte sich seines Gemüthes. Das Verlangen, das begonnene Werk des Vaters zu vollenden, drängte sich wie eine himmlische Eingebung ihm auf, die in wunderbaren Klängen und Tönen in seiner Brust wiederertönte.

Inzwischen gebar ihm seine Gattin einen Sohn. Mit den „irdischen“ Pflichten, die der Vaterstand ihm auferlegte, steigerte sich seine Energie im Handel wie in der Gemeinde. Siehen ihm ja doch die Gebote, für das Heil und die Zukunft seiner Nachkommen Sorge zu tragen. Der Schwiegersohn des Wunder-rabbi — wurde zum Kämpfer für dessen Banner nicht nur der dynastischen Rücksichten halber, sondern auch aus tiefster Ueberzeugung.

Es waren so mehr denn zehn Jahre verstrichen. Reb Abraham gab den heranwachsenden Kindern, seinen Grundjungen und Aufschauungen getreu, die beste Er-

ziehung. Der Sohn besuchte die Chajders*) und die berühmtesten Melameds**) der Stadt, während die Tochter nach der allgemeinen Sitte, die bei den Juden immer mehr Wurzel faßte, außer den hebräischen Schriften Deutsch und Französisch lernte. Im fünfzehnten Lebensjahr sollte sie einen Bürger in der jüdischen Gemeinde heiraten. Was geschah aber? Eines Tages war sie vor ihren Vater getreten und gestand ihm unumwunden, sie sei verliebt, bis zum Wahnsinn verliebt... Der Auserwählte ihres Herzens sei ein... Offizier, er erwidere ihre Liebe und habe ihr versprochen, sie zum Altar zu führen.

„Eher wirst Du sterben, als einen Christ heiraten!“ — scholl es donnernd vom Munde des Vaters, dessen flammender Blick das zitternde Kind zu zermalmen drohte.

Mit Händeringen brach die Mutter in Tränen aus. Er gebot ihr zu schweigen und traf sofort alle Vorkehrungen zu der Vermählung der Tochter mit dem Chassidim. Tags vor der Trauung war indes die Braut verschwunden. Sie floh mit dem Offizier aus dem elterlichen Hause. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf Abraham diese schmachvolle Kunde. Gebückt über seine Bücher stand er eine Zeitlang starr und sprachlos vor Entsetzen, dann aber loberte sein Jähzorn in einer förmlichen Tobsucht auf. Jammernd und wehklagend eilte er wie ein verwundeter Eber in der Stube umher und stürzte endlich über die Frau los: „Dich werd' ich verfluchen!“ schrie er mit heiferer

*) Schulen der hebräischen Sprache und Religion. **) Chassidische Lehrer.

Es ist das weitaus der größte Einnahmeposten im Reichsstat. Der nächstgrößte Einnahmeposten, die Matrifularbeiträge, in welchen direkte Steuern enthalten sind, beträgt für die beiden Etatsperioden nur Mk. 230,082,700 und Mk. 302,172,400. Man sieht, wie ergiebig die Quelle ist, welche die Klaffengefugebung aus dem Volkskörper zu schlagen weiß. Daß sich dabei der Volkskörper verblutet, ist ja richtig, aber was tun, da die vollblutstrogenden Magnaten des Kapitals sich nun einmal nicht stark anzapfen lassen und diese haben ja die Klinker der Gesetzgebung in der Hand.

Einen neuen Beitrag zum Kapitel des Heizerelends auf deutschen Schiffen bringt unser Erfurter Partei-Organ, die „Thüringer Tribüne“, aus ihrem Beserfreis. Ein Augenzeuge schreibt ihr:

„Kürzlich veröffentlichte der Berliner „Vorwärts“ einige Fälle von Mißhandlungen der Heizer und Kohlenzieher auf deutschen Dampfern. Ich fühle mich dadurch veranlaßt, meine diesbezüglichen Erfahrungen Ihnen zu übergeben mit der Bitte um Veröffentlichung, da ich der Meinung bin, daß solche Sachen nicht genug an den Pranger gestellt werden können. Ich fuhr vom 24. August bis 4. September 1888 als sog. Ueberarbeiter (von New-York nach Bremen) auf der „Julba“, Schnelldampfer des „Nordb. Lloyd“; diese Dampfer sind nämlich durchgängig gezwungen, in New-York Leute anzuheuern für die Rückfahrt, da stets ein Teil ihrer Mannschaft eben dort an Land geht und das Wiederkommen vergißt. Ich hatte nun in der kurzen Zeit hinlänglich Gelegenheit, nicht nur Mißhandlungen zu sehen, sondern auch zu fühlen. Kann einer den an ihn gestellten Anforderungen nicht genügend oder nicht schnell genug nachkommen, so sind Fußtritte, Siebe mit der Kohlenhaufel, Uebergießen mit Seewasser (bei der unerträglichen Hitze im Kesselraume nicht gerade angenehm, außerdem höchst gesundheitschädlich) und ähnliche Liebskosen mehr an der Regel. Bei meiner Wache ging denn auch nach vier Tagen ein Heizer, der sogar schon länger auf See fuhr, über Bord, nachdem er von den Oberheizern und Maschinisten so geschunden war, daß er es eben vorzog, von den Schraubenschrauben des Schiffes zermalmt zu werden. Ich und ein Koch sahen den Mann aus einer Luke, wo gewöhnlich die Asche abgeworfen wird, hinauspringen und machten natürlich sofort Lärm „Mann über Bord“. Da kamen wir freilich bei dem zweiten Offizier, der gerade dazu kam, schlecht an, und uns anfuhr, wir möchten doch Ruhe halten. Es wurde auch nicht weiter danach gefragt, bis wir am letzten Tage der Reise unsere Angaben vor dem Kapitän zu Protokoll geben mußten, und damit war die Sache abgetan. Bei einer anderen Wache war ein anderer Mann, dem man das Kranksein auf den ersten Blick ansah, verschiedene Male zum Arzt gegangen, der ihm aber immer wieder sagte, er könne schon noch aushalten bis Bremerhaven. Bald hieß es aber, er sei verschwunden, und es wurde alles durchsucht, da man annahm, er hätte sich vielleicht

irgendwo versteckt. Das mag nun sein, daß er glücklich seinen Peinigern entgangen ist, unter der Mannschaft war jedoch die Meinung, auch dieser sei über Bord. Wie unzählige Opfer die Schifffahrt auf solche Art und Weise kostet, das läßt sich natürlich nur aus den Schiffsbüchern feststellen, und diese werden wol sehr schwer zugänglich sein. Aber man frage nur bei den Heizern und Kohlenziehern des „Norddeutschen Lloyd“, — sie werden wol alle mit mir der Ansicht sein, daß jede Fahrt durchschnittlich mindestens ein Menschenleben auf die geschilderte Art fordert.

Fette Pfünden. Im Stöder'schen „Reichsboten“ sind in Nr. 223 eine große Anzahl erledigter Pfarrstellen der evangelischen Landeskirche ausgeschrieben; die bei jeder Stelle angegebene Einnahme beweist die erfreuliche Tatsache, daß unter den Geistlichen von einem „Notstand“ so leicht noch nicht gesprochen werden kann. Urteilen die Leser selbst. In der Provinz Sachsen sollen u. a. folgende Pfarren besetzt werden: Eisleben mit 10 135 Mk. Einkommen nebst freier Wohnung; Oberfarnstedt mit 9197 Mk. Einkommen nebst freier Wohnung; Hohendorf mit 6106 Mk. Einkommen nebst freier Wohnung; Zwochau 7616 Mk. nebst freier Wohnung; Osmünde 7000 Mk. nebst freier Wohnung; Ummendorf 6793 Mk. nebst freier Wohnung; Cloeden 7740 Mk. nebst freier Wohnung.

Schreiberelend. Während die Organisation den Facharbeitern gegen maßlose Ausbeutung Schutz gewährt, sind die papiernen Tagelöhner, weil sie nicht zusammenhalten, gezwungen, zu jedem Preis, den der Arbeitgeber diktiert, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Nicht nur der Mangel jeglichen Widerstandes durch eine feste Organisation, sondern auch der erschreckliche Ueberfluß an Arbeitskräften macht es den Unternehmern leicht, ihre Angestellten auf das schamloseste auszunutzen. Das System der Lehrlingszuchterei ist bei keiner Kategorie von Arbeitern so ausgebildet und dabei so rentabel, wie bei den Schreibern. In vielen Bureaus und Komtoirs sind gegen eine monatliche Vergütung, die sich höchstens auf 30 Mk. beläuft, ausschließlich Lehrlinge oder sogenannte „jüngere Schreiber“ beschäftigt, welche nach kurzer Zeit schon dieselbe Arbeit leisten wie ausgelernte Schreiber und dazu noch erstaunlich „billig“ sind. Was aus ihnen wird, wenn ihre Lehrzeit beendet und sie höhere Gehaltsansprüche zu machen berechtigt sind, darnach fragt kein Mensch. Wenn sie sich nicht mit einem armeligen Lohn von 60—70 Mark begnügen wollen, finden sie überhaupt keine Stellung. Manche Gerichtsvollzieher und Rechtsanwälte zahlen noch weniger. Dabei dauert die Bureauzeit gewöhnlich 12—14 Stunden mit kurzer Unterbrechung in der Mittagszeit und erfordert das Instandhalten der Garderobe viel Geld, so daß zum Leben nicht viel übrig bleibt. Den Gipfel der Ausbeutung aber erklimmen die Löhne der Adressenschreiber. 1000 Adressen werden jetzt mit 2—2,50 Mark bezahlt, während man vor sechs Jahren 4—5 Mk. erhielt. Bedenkt man, daß eine geübte Hand in einer Stunde kaum 70 herstellen kann, so wird man den obigen Akkord einen wirklichen Hungerlohn nennen müssen.

Wenn endlich werden die Lohnarbeiter mit der Feder angefaßt dieser traurigen Zustände ihre Gleichgültigkeit fahren lassen und einmütig gegen ihre grenzenlose Ausbeutung Front machen.

Der Anarchistenprozess, welcher vor dem Plenum der Strafkammer des Landgerichts Berlin I verhandelt wurde, hatte einen ziemlich starken Andrang von Sozialdemokraten in den Zuhörerraum zur Folge. Mehrere Schutzleute waren zum Dienst im Gerichtsgebäude kommandirt; unter den Anwesenden bemerkte man auch den Chef der politischen Polizei, Polizeirat von Manderode. Angeklagt sind: der Eisenhobler Karl Wagentnecht aus der Provinz Posen, der Maler Albert Behr aus Berlin, der Buchbinder Christian Brielmeyer aus Konstanz, der Buchbinder Georg Tanner aus der Schweiz, der Schreiner Waibel aus Württemberg und der Schreiner Alwener aus Stuttgart. Ein siebenter Angeklagter, der Goldarbeiter Kopp, ist flüchtig. Die Anklage lautet auf Aufreizung, Angehörigkeit zu einer geheimen Verbindung, wobei unbekannt Personen Gehorsam versprochen und geleistet wird, Majestätsbeleidigung, Verbreitung verbotener Druckschriften (Londoner „Autonomie“) und Anstiftung, bezw. Beihilfe dazu. Die Angeklagten sind durchweg mittleren oder jüngeren Alters, Brielmeyer ist erst 1870 geboren. Den Vorsitz im Gerichtshof führte Landgerichtsrat Althaus, die Anklagebehörde vertrat Staatsanwalt Riegel, die Verteidigung führte H.-M. Heine. Nach Verlesung des Anklagebeschlusses beantragte der Staatsanwalt den Ausschluß der Öffentlichkeit, weil die öffentliche Ordnung durch das Bekanntwerden der Einzelheiten gefährdet erscheine. Der Verteidiger hielt es grade im Interesse der öffentlichen Ordnung für wünschenswert, daß das Publikum über den Inhalt der Anklage aufgeklärt werde. Er stellte dagegen anheim, die Öffentlichkeit insoweit auszuschließen, als es sich um die Verlesung der verbotenen Druckschriften handle. Die Angeklagten erklärten, gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit nichts einzuwenden zu haben. Der Gerichtshof beschloß den vollständigen Ausschluß der Öffentlichkeit. Dem Vernehmen nach ist der Ursprung dieses Prozesses in einem eigentümlichen Zufall zu finden. Brielmeyer wurde Anfangs März in Konstanz auf Grund eines von ihm an seine Geliebte gerichteten Briefes unter dem Verdachte des Mordes verhaftet. Wenn sich dieser Verdacht auch nicht bestätigte, so fand man bei ihm doch eine Reihe anarchistischer Schriften und einen Brief, welcher darauf schließen ließ, daß er anarchistische Schriften nach Berlin verschickte. Die nach dieser Richtung hin angestellten Ermittlungen haben dann ein Zusammenwirken der Angeklagten ergeben, aus welchem schließlich die Anklage entstanden ist. Der Ausgangspunkt bei von den Angeklagten gemeinsam unternommenen Machinationen scheint in Stuttgart zu suchen zu sein; von dort ist Brielmeyer nach Konstanz gegangen, von wo die anarchistischen Schriften über die Grenze geschafft worden sind. Es soll sich hauptsächlich um eine Flugschrift „An die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ und verschiedene Nummern der Zeitschrift „Autonomie“ handeln. Die Pakete mit den Druck-

und bebender Stimme. „Du trägst die Schuld an der erbärmlichen Schmach unseres Hauses! Deine Brust hat die abtrünnige Natter gefaßt!“

Gleich einem rasenden Gewitter, das durch die Felder dahinfährt, Verderben verbreitend, machte sich sein Zorn Luft. „Wehe, wehe der Verruchten! Wehe der Abtrünnigen!“ donnerte er, bis er schließlich erschöpft und besinnungslos in einen Stuhl zurück sank.

Die Dienerschaft kam herbeigeeilt. Zum Bewußtsein zurückgekehrt, wollte er nichts mehr wissen von der Abtrünnigen, er ließ sie weder suchen noch versorgen. Für den Chassiden war die Tochter schon gestorben, er wollte jeden aus dem Hause fortjagen, der wagen würde, jemals Rosas Namen zu nennen.

Nach einigen Wochen erschien sie selber auf des Vaters Schwelle in zerfetzter Kleidung, krank und elend. — Auf den Knien bat sie um Verzeihung. — In ihrer Verblendung habe sie die Ehre dem Geliebten geopfert, er habe sie aber, nachdem er erfuhr, daß sie Mutter werden sollte, schmählich verlassen. Abraham hatte nur einen Fluch für die verzweifelnde Tochter. Er trat sie mit Füßen und stieß sie zur Tür hinaus. Das Herz der Mutter wollte brechen. Sie nahm sich heimlich der Unglücklichen an und sorgte für ihre Unterkunft bei Verwandten. Rosa war indessen bald darauf der Krankheit erlegen. Keine Träne benetzte das Auge des Vaters. Er hatte auch nichts dagegen, daß man sie nicht, gleich allen Kindern Israels, am jüdischen Friedhof, sondern im Graben des Gottesackers beerdigte.

„Jehova hat gerichtet!“ hieß er zwischen den gepreßten Zähnen hervor. „Sein Fluch mag im Grabe sie noch ereilen.“

Ja, Abraham war grausam, blind und taub für die Herzensregungen des Kindes und selbst nach dem Tode seiner Gattin, welche den Schlag nicht überlebte, kam keine Klage über seine Lippen. Der sonst so mitleidige Chassid war zu Stein verhärtet in seiner Verbitterung. Ein düsterer Schatten lagerte sich über sein Antlitz, ein unheimliches Feuer loderte in seinen Augen, während die Falten der Stirn wie in kalten Marmor gemeißelt schienen. Die blassen Lippen, die Jehova in lauten Worten priesen, als er beim Mondeschein vor der Tür der Synagoge Gebete verrichtete, haben den Namen der Tochter geküßelt, und nimmermehr glitt ein Lächeln über dieselben, wenn auch Israel jauchzte und jubelte am Tage des Passahfestes.

Der zehnjährige Sohn Gabriel war fortan der Gegenstand all seiner Gedanken, Gefühle und Hoffnungen.

Seit diesen traurigen Vorfällen lebte Reb Abraham in völliger Zurückgezogenheit. Er sann in der Einsamkeit darüber nach, wie er seinen Sohn erziehen wollte. Er war fest überzeugt, daß an dem Fehltritt der Tochter in erster Linie die europäische Zivilisation schuld sei. Diese hatte ja ihren Kopf verwirrt und die Gottvergeßene dahin gebracht, wohin sie niemals gekommen wäre, hätte sie bei dem Banne der Väter und auf dem Bildungsgrade gestanden, welchen die Großmütter und Urgroßmütter, welchen alle Töchter Israels inne hatten, die von der schädlichen Denkart der Neuzeit nicht angehaucht waren. Ein großer Teil der Schuld trug ferner der Diktator. Es war der Sohn eines adeligen Gutsbesizers aus der Umgebung. Dergleichen

Menschen haben weder Gewissen noch irgend welche Skrupeln im Herzen. Die erhabenen Lehren des Talmuds sind ihnen fremd, die sittliche Moralität völlig unbekannt, sie gehen nur ihren Vergnügungen nach und ihr Lebenswandel ist eine ununterbrochene Kette von Sünden und Lastern. Die ungetauften „Gojim“ sind auch nicht besser geartet. Die verderblichen Lehren der neuen Schulen vergiften ihre Seele. Wie der heiße Wind die Pestkeime, so verbreiten sie die giftige Saat, welche sie an diesen Stätten in die Brust aufnahmen, über die ganze Welt. Gewiß, keusch und gerecht im Leben und erlöst nach dem Tode kann nur ein Jude sein, der seiner Tradition treu geblieben, in Gottesfurcht und unbescholtener Glauben erzogen wurde.

Dieses waren die Schlussfolgerungen, zu welchen er nach reiflicher Ueberlegung gelangte und die ihm gleichsam in Fleisch und Blut übergingen. Und in der Tat mußte er den Sohn von jeder neuen Lehre fern halten und abgefordert von allen Menschen, die nicht Juden waren! Der Mangel an Sprachkenntnissen war ihm zwar in seinen Handelsbeziehungen mehrmals schon zum Nachteil geworden, er überließ zwar nur mit Mißtrauen die Leitung des Geschäfts dem fremden Buchhalter, doch er tröstete sich immer wieder mit dem Bewußtsein, er werde Gabriel ein Vermögen zurücklassen, das diesem ein sorgenloses Leben sichern würde, ein Leben, wie es seine Großväter und Vorfahren nicht geführt hätten.

(Fortsetzung folgt.)

Schriften sind hier an den Angeklagten Behr abgehandelt und dabei ist der Inhalt als „Schieferpappe“ deklarirt worden. Behr und Wagenknecht sind übrigens im Jahre 1890 mit dem Schneider Reinhold und dessen Frau wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung angeklagt gewesen. Sie wurden damals jedoch freigesprochen, während Frau Reinhold zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Behr gilt bei der Polizeibehörde als der geistige Leiter der Berliner Anarchisten und Wagenknecht, der sich einige Zeit in London aufgehalten, stand hier in Berlin in lebhafter Verbindung mit ihm. Die Zeitschrift „Autonomie“ ist das Organ der Gruppe Autonomie, welche sich vor einigen Jahren von dem Moskauer Kommunistischen Arbeiter-Verein in London abgezweigt hat. Ihre Hauptaufgabe soll in dem Einschmelzen anarchistischer Schriften nach Oesterreich und Deutschland bestehen. Wie der Eröffnungsbeschluss erkennen lässt, steht die Anklagebehörde auf dem Standpunkt, daß diese „Autonomie“ eine Organisation besitz und daß die ganze Vereinigung, welche in London in einem eigenen Klub lokal nächlicher Weise ihre Konferenzen abhält, einen „Geheimbund“ darstellt. Unter den Zeugen befindet sich außer dem Kriminalkommissarius Roeder und dem Schutzmann Richter auch der in Leipzig mit angeklagt gewesene Schneidermeister Hugo Reinhold, der Schneider Oskar Kostocj und das Klemperer Jas-mund'sche Ehepaar, bei welchem einmal ein Paket für Behr unter verhänglichen Umständen eingetroffen war. Sämtliche Angeklagte befinden sich seit März d. J. in Untersuchungshaft, da zahlreiche Schriftstücke zu lesen und außerdem die Geheimnisse der Londoner „Autonomie“ an's Tageslicht zu ziehen und die Beziehungen der Angeklagten zu dieser Anarchistenvereinigung klar zu stellen waren. Es zogen die Verhandlungen sich sehr in die Länge. Das Urteil der Strafkammer lautete: Wegen Geheimbündelei und Verbreitung verbotener Druckschriften Wagenknecht zu 6 Monaten, Behr zu 2 Jahren und 6 Monaten, Brielmeyer zu 1 Jahr und 6 Monaten, Tannert zu 6 Monaten, Waibel zu 2 Jahren und Alweyer zu 1 Jahr Gefängnis.

Wo drei in meinem Namen beisammen sind, da bin ich — nämlich die Polizei! — miten unter ihnen! Das kann man auch vom gestrigen Anarchistenprozeß wie von fast allen seinen Vorgängern sagen. Wir können uns auf eine Besprechung dieses Prozesses nicht einlassen, er wurde hinter verschlossenen Türen abgehandelt, seine Einzelheiten sind uns nicht bekannt, aber was bekannt wurde, bestätigt obigen Spruch. Der Angeklagte Brielmeyer erklärte auf Befragen des Vorsitzenden: Er sei nicht Anarchist, gehöre überhaupt zu keiner politischen Partei, sondern er habe sich lediglich, da er ohne Arbeit und mittellos war, zum Vertrieb anarchistischer Schriften hergegeben. Auf weitere Befragen des Vorsitzenden gab Brielmeyer zu, daß er sich, ehe er nach Konstanz ging, der Polizei als politischer Vigilant angeboten habe.

Wie viel faule Elemente und welche weiter im Prozesse mitwirkten, ohne auf die Anklagebank zu kommen, das steht geschrieben — hinter geschlossenen Türen. Bei allem Bedauern für die Opfer solcher Schufsterei müssen wir doch sagen: wer sich mit einer Gesellschaft einläßt, die heute noch, nach dem Revz-Fall, wo Peudert und Reuß überführt wurden, einem Peudert Ehrengewand ausstreckt, der hat die Folgen sich selbst zuzuschreiben.

Die Berliner sozialdemokratischen Stadtverordneten werden folgende Anträge einbringen: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, 1. die bevorstehenden Ersatzwahlen für die Stadtverordnetenversammlung in der dritten Abteilung an einem Sonntag stattfinden zu lassen; 2. in der dritten Abteilung, um ein starkes, die Wahlgeschäfte störendes Andringen der Wähler zu verhindern, die Wahl in jedem Wahlbezirk in mindestens vier im Wahlbezirk verteilten Wahllokalen stattfinden zu lassen.“ — Correalantrag für den Fall der Ablehnung des Antrages ad 1: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei den bevorstehenden Ersatzwahlen für die Stadtverordnetenversammlung die Wahlzeit für die dritte Abteilung von Vormittags 9 Uhr bis Nachmittags 7 Uhr festzusetzen.“

Graf Kanitz sprach einmal im preussischen Abgeordnetenhause den Wunsch aus, man möge ihm eine verhungerte Lehrerswitwe zeigen, dann würde er die Klagen über die materielle schlechte Lage der Lehrer für berechtigt halten. Nun ist die Lehrerin, über deren Verhältnisse wir nachfolgend berichten, keine Lehrerswitwe, sondern sie ist selbst Lehrerin gewesen und wird jetzt pensionirt. Es wird nämlich berichtet:

An der Schule in Laage (Mecklenburg) ist als Industriellehrerin eine Frau Gübner angestellt. Die Dame ist 72 Jahre alt und läßt sich nun pensionieren. Sie wird eine Pension von 75 Mk. jährlich beziehen.

Ihr Gehalt betrug 90 Mk. jährlich und dafür gab sie acht Stunden in der Woche!

Die Sozialdemokratie Stettins erklärte sich in der letzten Volksversammlung mit jeder Kritik, die der sozialdemokratischen Arbeiterpartei vorteilhaft und zu ihrer Weiterentwicklung nützlich ist, vollständig einverstanden. Jedoch über die Kritik, welche von Seiten der Opposition gegen die Fraktion geführt wird, „indem geschimpft und verleumdet worden ist, was nur dazu angetan ist, die Partei im In- und Auslande schwer zu schädigen und die Agitation auf dem Lande bedeutend zu erschweren“, sprach die Versammlung ihre Mißbilligung aus und hoffte, daß der Parteitag diesen Zustand ein für alle Mal beseitigen wird und im Uebrigen die Zwistigkeiten friedlich beigelegt werden.

Gegen die Berliner Opposition votirten ferner die Sozialdemokraten von Köln, Jüterbogk, Elberfeld, Gafsteb.

Gegen die „Jungen“ Berlins haben die Bremer Genossen in einer Versammlung folgende Resolution angenommen: „Die Parteigenossen Bremens sprechen der Parteileitung und der Fraktion ihr volles Vertrauen aus, indem sie beide Körperschaften auffordern, in der bisher beobachteten Haltung auch ferner zu verharren. Dagegen verurteilen die bremischen Parteigenossen, bei voller Anerkennung der Berechtigung aller Genossen, Kritik zu üben, das weit über den Rahmen einer solchen berechtigten Kritik hinausgehende Gebahren der Berliner Opposition, welches lediglich geeignet ist, die Interessen der Partei zu schädigen.“

Ausweisungsgeld. Auf dem Polizei-Bureau in Thorn fand sich am 20. September ein aus Rußland ausgewiesener Gärtnere, der völlig blind war, mit seinen beiden jugendlichen Söhnen ein. Der bedauernswerte Mann, von Geburt Preuze, war völlig mittellos und hatte durch seinen langjährigen Aufenthalt in Rußland sein Heimatsrecht in Preußen verloren. Die Thorer Polizeiverwaltung unterstützte die Ausgewiesenen. — Uebliches Geld hat sich bekanntlich bei den unter dem Regiment Bismarck erfolgten Ausweisungen aus Preußen hundertfach gezeigt.

Freienwalde a. O. In Nr. 212 des „Ober-Barnimer Kreisblattes“ werden drei Personen, 1) der Schneidermeister Wolter, 2) der Tischlermeister Langer und 3) der Arbeiter Hermann Lehmann, sämtlich hier wohnhaft, von der Polizei-Verwaltung als „notorische Trunkenbolde“ erklärt und den Gastwirten wird bei Strafe verboten, den Genannten geistige Getränke zu verabfolgen oder verabfolgen zu lassen. Mit Rücksicht auf das bevorstehende Trunksuchtgesetz ist diese Polizeiverordnung besonders interessant. Wird aber, so müssen wir fragen, durch dieses Vorgehen gegen die genannten Personen nicht der letzte Funken Ehrgefühl in ihnen getödtet und damit jede Hoffnung auf etwaige Besserung vernichtet? Werden sie sich nicht dem Schnapssteuere nur um so inniger in die Arme werfen? Denn das Verbot der Polizei an die Geschäftsinhaber bildet doch kein Hindernis für die bezeichneten Personen, ihrem Lafter in der Stille nach wie vor zu fröhnen.

Zur russischen 600 Millionen-Anleihe.

Unsere gestern hierüber ausgesprochene Ansicht kann durch die bedenkliche Klauheit der Meinungen in der Presse der Bourgeoisie nur noch verstärkt werden. Die deutsche Regierung läßt den Dingen ihren Lauf. So berichtet der „Hamb. Korresp.“, daß dem Berliner Bankhause, welches beim Auswärtigen Amte über die Stellung der Reichsregierung zu der projektirten Anleihe sich vertraulich erkundigt hatte, geantwortet worden ist, daß die gegenwärtige politische Lage keinen Anlaß biete, um regierungsseitig in irgend einer Form nach der einen oder anderen Richtung hin in die Angelegenheit einzugreifen. Diese Antwort, jagt das genannte Blatt hinzu, entpringt der Auffassung, daß für die Regierung vom Standpunkte der auswärtigen Politik kein Bedürfnis besteht, bei ausländischen Anleihen jedes Mal bestimmte Stellung für oder gegen die Beteiligung deutscher Kapitalisten zu nehmen, zumal letztere in sehr vielen Fällen selbst in der Lage sein werden, die einschlägigen Verhältnisse zu übersehen und darnach zu handeln.

Die Meinung über die Beteiligung des deutschen Kapitals an der Russenanleihe ist geteilt, geteilt selbst in den bürgerlich demokratischen Regionen.

So tritt die „Frankf. Ztg.“ für diese Beteiligung ein und schreibt:

„Es ergab sich nach unseren Informationen, daß die Regierung nicht nur der Veranlassung einer Subskription in Deutschland nicht ablehnend gegenüberstand, sondern dies ihr geradezu als erwünscht erschien, in der Meinung, daß durch die Mitwirkung Deutschlands der friedliche Charakter dieser russischen Anleihe und die friedliche Lage der politischen Beziehungen

in die rechte Beleuchtung gerückt werde. Das war es, was die genannten deutschen Firmen schließlich bestimmte, ihre Zustimmung zu geben, ungeachtet man wol auch in diesen Kreisen sich nicht der Illusion hingibt, vom deutschen Kapital viel effektiven Erfolg zu erwarten, zumal der Zeichnungspreis ein relativ hoher sein wird. Wenn übrigens heute an der Berliner Börse behauptet wurde, die Angelegenheit sei über den Kopf des preussischen Finanzministers hinweg behandelt worden, so ist dies nach unseren Informationen ein Irrtum; auch auf dieser Seite hat die getroffene Entscheidung Zustimmung gefunden.“

Die „Berliner Volksz.“ dagegen findet eine deutsche Beteiligung unbegründlich und fragt deshalb:

„Drohen uns von Rußland keine Gefahren mehr? Ist das russisch-französische Liebesbündnis ein Traum, ein Wahn? Ist die Mißhandlung und Vertreibung der Deutschen in Rußland für uns gleichgiltig? Sind die russischen Rüstungen, das Vorschieben russischer Truppenmassen nach dem Westen zur Unterstützung Deutschlands bestimmt? Sind Dardanellenfrage und das Vordringen auf dem Pamirplateau für uns bedeutungslose Dinge? Und hat die deutsche Regierung kein Interesse daran, die flüssigen Kapitalien für die eigenen Anleihen festzuhalten und das deutsche Kapital vor Verlusten zu hüten? — So viel Fragen, so viel Rätsel. Sie zu lösen, fehlt uns im Augenblick jedoch weder Schlüssel. Der nächstliegende Gedanke ist natürlich, daß eine Annäherung zwischen Deutschland und Rußland stattgefunden hat oder erstrebt wird. Aber diese Annäherung müßte von Seiten Rußlands in sehr starken Unterpfändern zum Ausdruck gebracht werden oder worden sein, um die Haltung der deutschen Regierung verständlich zu machen.“

Doch selbst angenommen, daß eine Annäherung zwischen den beiden Reichen sich vollzieht oder bereits vollzogen hat, so würden wir dies als eine Friedensbürgschaft willkommen heißen; aber für das deutsche Publikum folgt für seine Beteiligung an der russischen Anleihe nichts daraus. — — — Deshalb bleibt für unser Volk nur die eine Moral: Die Ohren und Taschen dem russischen Darlehenssucher zu verschließen.“

Unser Meinung nach ist das Verhalten deutscher Geldleute, den Feind Deutschlands und der heutigen Kultur materiell und moralisch zu unterstützen, eine wahre Schmach.

Wir werden noch öfter Gelegenheit nehmen müssen, auf dieses leidige Kapitel zurückzukommen.

Parteigenossen!

Der diesjährige Parteitag ist auf Mittwoch, den 14. Oktober nach Erfurt in das Lokal zum Kaiser-Saal, Futterstraße, einberufen. *)

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt: Mittwoch, 14. Oktober, Abends 7 Uhr, Vorversammlung. Konstituierung des Parteitags. Festsetzung der Geschäfts- und der Tagesordnung. Wahl einer Kommission für die Prüfung der Vollmachten.

- Donnerstag, 15. Oktober und die folgenden Tage:
- 1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Bericht-richterstatter: J. Auer.
- 2. Bericht der Kontrolleure durch G. Schulz.
- 3. a) Die parlamentarische Tätigkeit der Reichstags-Fraktion. Berichtstatter: S. Molkenbut.
- b) Die Taktik der Partei. Berichtstatter: A. Bebel.
- 4. Beratung des Programm-Entwurfes. Bericht-erstatler: W. Liebknecht.
- 5. Beratung derjenigen Anträge der Parteigenossen, welche bei den vorausgehenden Punkten der Tagesordnung nicht bereits ihre Erledigung gefunden haben.
- 6. Wahl der Parteileitung und Bestimmung des Ortes, wo sie ihren Sitz zu nehmen hat.

Gemäß den Bestimmungen unserer Partei-Organisation ersuchen wir die Parteigenossen, welche Anträge an den Parteitag stellen wollen, dieselben an die unten angegebene Adresse des Parteivorstandes einzusenden. Da vor der Veröffentlichung erst eine Ordnung und Sichtung der Anträge notwendig ist, so sind die Antragsteller gebeten, mit der Einsendung von Anträgen nicht bis zur letzten Stunde zu warten, sondern dieselben bis spätestens Mittwoch, den 30. September, an den Parteivorstand gelangen zu lassen.

Besonders machen wir noch darauf aufmerksam, daß auch solche Anträge zum Parteiprogramm, welche bereits in der Parteipresse zum Abdruck gelangt sind oder in den nächsten Wochen etwa veröffentlicht werden, in einer zur Verhandlung geeigneten Formulierung an uns eingesandt werden müssen.

*) D. Litt. Anst. D. R.

Nur diejenigen Anträge, welche rechtzeitig und direkt an den Parteivorstand eingekandt werden können in die gedruckte Vorlage, welche dem Parteitag unterbreitet wird und in der in § 8 Abs. 2 der Parteiorganisation vorgeschriebenen Veröffentlichung Aufnahme finden.

Die Adresse des Lokal-Komitees in Erfurt, bei welchem die Anmeldung der Vertreter stattzufinden hat, lautet: Hugo Böhm, Johannisstraße 145, II.

Mandats-Formulare sind durch das Parteibureau Berlin SW., Kagbachstraße 9, wohin auch alle übrigen Zuschriften, Anfragen etc., zu richten sind, zu beziehen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Berlin, im September 1891.
Der Parteivorstand.

Arbeiterbewegung.

Achtung, Musikinstrumenten-Arbeiter! Der Streik der Bälgenmacher und Stimmer in der Fabrik von Pfeiffersmann u. Söhne in Berlin dauert unverändert fort. Es ist der Firma nicht gelungen, namentlich hinsichtlich der Bälgenmacher, Ersatz zu schaffen; die eingestellten Mädchen entsprechen nicht den gestellten Anforderungen. — Kollegen, die Ausichten sind also nicht ungünstig, sofern Ihr den Zuzug fern haltet. Vorzüglich sucht man jetzt Buchbinder in die Fabrik zu locken. Ursache des Streiks war ein 10prozentiger Abzug von unseren ohnehin niedrigen Löhnen (15 bis 21 Mark). Bei der jetzigen teuren Zeit noch Lohnabzüge; dieser Hinweis wird Euch genügen, Kollegen, um Eure Schuldigkeit voll und ganz zu tun. Schon dauert der Kampf die fünfte Woche, was das heißt, weiß Jeder! Agitiert deshalb aufs Nachdrücklichste für unsere Sache.

Die Agitations-Kommission der Musikinstrumenten-Arbeiter.
J. A.: Ernst Sparfeld, Sorauerstr. 27.
Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die „Heiligkeit“ der Ehe und die katholische Kirche.

Aus Pest wird berichtet: „In kirchlichen Kreisen erregt die mit päpstlicher Erlaubnis erfolgte Wiederaufnahme eines vor fünfzehn Jahren konvertirten römisch-katholischen Pfarrers unter die Priester der Graner Diözese nicht geringes Aufsehen. Der Betreffende trat im Jahre 1876 aus dem Banne der römisch-katholischen Geistlichkeit, ward lutherisch, heiratete und gründete eine Familie; fünfzehn Jahre lebte er mit seiner Gattin und hat einen zwölfjährigen Sohn. Nun verläßt er seine Familie, kehrt in den Schooß der Kirche zurück und wird binnen Kurzem wieder Priester sein. Die päpstliche Dispensation ist dieser Tage aus Rom in Gran eingetroffen. In dieser spricht der Papst seinen Lieben, bekehrten Sohn Michael J. J. von seinen Sünden los und setzt ihn in seine früheren Rechte ein. Dieser legt demnach das Glaubensbekenntnis, die Abschwörung der Häresie, ab, hält die vorgeschriebene Buße, und nach einigen Tagen liest er eine Messe und hält die Festpredigt in einer hauptstädtischen Kirche.“

So! Also das reuige Schäflein verläßt seine Familie, um sich wieder dem Dienst der Kirche widmen zu können. Ist die Ehelosigkeit der Priester an sich schon ein Verstoß wider die menschliche Natur, was soll man denn erst dazu sagen, daß eine bestehende Ehe dem hierarchischen Interesse zu Liebe vernichtet wird!

Schweiz.

Basel. Die Anarchisten-Ausweisungen aus der „freien Schweiz“ werden nachgerade epidemisch. Merkwürdig ist dabei nur, daß man im Publikum, ja selbst in den Arbeitervereinen nicht die Spur von anarchistischer Agitation merkt, jedenfalls nichts von einer solchen, welche die „Propaganda der Tat“, die Anwendung der Gewalt predigt. Fast hat es den Anschein, als ob unsere politische Polizei, dieser Stiel in unserem Lande, die Anarchistengefahr erfinde und züchte, weil sie sonst auch gar nichts zu tun hätte. Diese Ausweisungsmethode ist überhaupt unsinnig, für ein Land mit politisch freiheitlichen Einrichtungen, wie die Schweiz, aber geradezu eine Schande. Sehr richtig schrieb kürzlich über die Ausweisung des Italiensers Schicchi in Genf der „St. Gallener Stadtanzeiger“: „Der Grund für diese Maßregel lag darin, daß Schicchi in den zwei Nummern des von ihm geschriebenen Blattes „Die Stimme von Savoyen“ zu Diebstahl und Mord aufgefordert hat. Nun denken wir selbstverständlich so wenig als irgend Einer daran, eine solche Art des „Politikstrens“ auch nur mit einem Worte in Schutz zu nehmen. Dennoch aber müssen wir gestehen, daß wir es lieber gesehen hätten, wenn der Verfasser dieser Brandartikel nicht so leichter Hand einfach ausgewiesen worden wäre. Vielmehr hätten wir gewünscht, daß

sich der Generalanwalt, der bekanntlich nicht allzuviel zu tun hat, etwas Zeit gelassen hätte, um sich den Mann etwas genauer anzusehen. Wir können uns nämlich nicht vorstellen, daß ein Mensch mit gesunden Sinnen wirklich glaubt, auf solche Weise lasse sich auch nur das Geringste zur Befreiung des Volkes aus leiblicher und geistiger Knechtschaft erreichen, und hätten uns den Redakteur der „Stimme aus Savoyen“ darauf angesehen, ob er verrückt oder bezahlt sei. Denn eines von beiden muß er nach unserer Ansicht sein. Ist er aber ein Narr, so gehört er in's Irrenhaus; ist er dagegen ein Spitzel, so wäre es von großem Nutzen für uns und die Volksfreiheit überhaupt, wenn solche Fälle mit samt den Akten veröffentlicht würden. Das wäre die beste, wenn nicht die einzige Art, sich diese Sorte von Menschen vom Leibe zu halten, während man mit dem gefälligen Verschweigen und Vertuschen die betreffenden Regierungen und ihre Helfershelfer in ihrem schändlichen Gewerbe nur bestärkt.“

Amerika.

Kleine Irrtümer laufen mit unter.

So meldet das „Wochenblatt“ der New-Yorker „Volkszeitung“ seinen Lesern über die „Volksmacht“ für Schlesien, Posen u. s. w. nachstehende schauerliche Mär:

„Das sozialdemokratische Blatt „Die Volksmacht“ ist polizeilich mit Beschlagnahme belegt und das Weitererscheinen des Blattes verboten worden, weil dasselbe den Kaiser und den Reichskanzler v. Capriotti wegen ihrer Haltung den Getreidezöllen gegenüber trotz wiederholter Warnungen in der heftigsten Weise angegriffen hat. Der Herausgeber wurde verhaftet und soll wegen Majestätsbeleidigung zur Verantwortung gezogen werden.“

Die Sache mit dem Verbot und der Verhaftung des Herausgebers stimmen nicht.

Aus London wurde demselben Blatt gemeldet:

„Der Justizminister hat den zuständigen Staatsanwalt (den Breslauer etwa? Nicht möglich! D. A.) angewiesen, mit aller Strenge gegen den Redakteur der unterdrückten sozialdemokratischen „Volksmacht“ vorzugehen, welcher sich durch seine Veröffentlichung über den Kaiser der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben soll. Die Sozialdemokraten sind über das Vorgehen sehr erbittert und hielten gestern eine Entrüstungs-Versammlung ab, welche jedoch von der Polizei gesprengt wurde. Die Berliner Bourgeois-Zeitungen verhalten sich in der Sache sehr reserviert.“

Auch das stimmt nicht, liebe Kollegin. — Dagegen ist man auf dem besten Wege, in letzter Zeit das zweite Duzend von Preßprozessen gegen die „Volksmacht“ voll zu machen. Darunter befindet sich manch „schwerer“ Fall. Trotz alledem geht es vorwärts. D. A.

Kleine Chronik.

Berlin. Der Kommiss Schweiger, welcher des Mordanschlags gegen Dr. jur. Prager verdächtig ist, ist in Flensburg verhaftet worden. Schweiger befindet sich bereits im Untersuchungsgefängnis zu Moabit und sollte noch am Freitag zur ersten Vernehmung dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Schweiger hat sich in Flensburg am Mittwoch selbst der Polizei gestellt. Er wohnte dort unter dem Namen Karl Wasse in einem Hotel 2. Ranges und war bei seinem Verhör völlig zerknirscht; er brach wiederholt in Klagen aus, daß seine Mutter durch ihn in so schweren Kummer versetzt worden sei. Offenbar hat er in Flensburg über die nahe dänische Grenze flüchten wollen, hiervon aber aus Mangel an Mitteln Abstand genommen, da er kein gefülltes Portemonnaie in der Eile am Orte der Tat zurückgelassen.

Aus Geschäftsneid! Man lese folgendes Inserat einer Berliner Zeitung: „Wegen zu großem Geschäftsneid verkaufe ich sämtliche Sachen zu herabgesetzten Preisen. Kartoffeln, Ostpreische Butter, frische Eier, Süßrahmbutter, Kaffeebohnen, Tabak und Zigarren, Stein-Porzellan und Irdenwaaren. A. Moosbach.“ Ausverkauf „wegen Geschäftsneides“ ist neu!

Gera. In dem Prozesse gegen den Bankdirektor Hoffbach und Genossen wegen einfachen und betrügerischen Bankrotts, sowie wegen Untreue, erkannte der Gerichtshof gegen Hoffbach auf acht Jahre Zuchthaus und 17800 Mk. Geldstrafe event. weitere 16 Monate Zuchthaus, wobei 2 Monate der Untersuchungshaft auf die Strafe in Anrechnung gebracht werden, außerdem 10 Jahre Ehrverlust. Wilhelm Tegner und A. A. Leibelt wurden freigesprochen.

Hildesheim. Hier stürzte beim Abtragen der Gerüste ein neues Kreuzgewölbe der Andreaskirche ein und begrub vier Arbeiter. Einer derselben blieb sofort tot, zwei andere sind schwer verletzt.

Paderborn. Den Mittelpunkt der Unterhaltung bildet der „Köln. Stg.“ zufolge seit Wochen

die zu Anfang dieses Monats erfolgte Flucht eines hiesigen Kaufmanns, der wegen Verdachts des Meineides und der Rupperei in Untersuchungshaft genommen werden sollte und nunmehr städtisch verfolgt wird. Vor ungefähr acht Tagen wurden dann zwei Polizeibeamte gefänglich eingezogen, welche beschuldigt sind, dem Verfolgten durch rechtzeitigen Wink die Flucht ermöglicht zu haben. Nun ist kürzlich noch ein zweiter Bürger der Stadt in Haft genommen, der auch mit jener unsauberen Angelegenheit in Verbindung stehen soll.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. September 1891.

Versammlung von Arbeitern der Eisen- und Metallwarenbranche. Die für Sonntag Mittag im Saale des Café Restaurant einberufene Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter war ziemlich gut besucht. Schlosser Winkler fungirte als Vorsitzender und Former Schütz als Referent. Derselbe sprach über das demnächst in Breslau zu richtende gewerbliche Schiedsgericht und betonte die Notwendigkeit, daß die Beisitzer dieses sich aus der klassenbewußten Arbeiterschaft rekrutieren müssen, wenn dasselbe überhaupt etwas Ersprießliches bewirken sollte. Ursprünglich eine sozialdemokratische Forderung, habe sich die Regierung ablehnend gegen Gewerbeschiedsgerichte verhalten, bis mit Hilfe des Freisinn und des Zentrums ein gegen den sozialdemokratischen heftigsten verschlechterter und abgeschwächter Entwurf Gesetz gemordet sei und demnächst in Kraft trete. Redner bemängelt insbesondere, daß das Gesetz auf weibliche Arbeiter und auf die Arbeiter der Staatsbetriebe keine Anwendung finde. Ferner ist die Rücksicht auf die Innungen viel zu weit getrieben und die Vorbedingungen zur Wählbarkeit und Wahlberechtigung hinsichtlich der Altersfestsetzung sind für die Arbeiter sehr ungünstig. Trotzdem müsse man das wenige Gute und den geringen Fortschritt, den das Gesetz gegen den früheren Zustand biete, für sich auszubenten suchen, und gilt es dementsprechend, nur solche Beisitzer zu wählen, welche die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen befähigt sind. Besonders gilt es, hierbei gegen die Bestrebungen der „Harmonie-Sumburger“, die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereiner, Front zu machen, die auch hier wieder aus Liebedienerei gegen die Arbeitgeber die Interessen der Arbeiter vernachlässigen würden. In Anknüpfung an eine gelegentlich der Fahnenweihe der Buchbinder-Innung gehaltene Rede kritisiert Redner mit Recht in scharfer Weise die Innungsbestrebungen und das Verhalten der Innungen gegen die Arbeiter. Des Weiteren bezeichnet er den kürzlich von der Stadtverordneten-Versammlung gefaßten Beschluß, eine Petition an den Reichskanzler wegen Aufhebung der Getreidezölle zu richten, nachdem die Not bereits einen so hohen Grad erreicht habe, als Gimpelfang der Arbeiter, wodurch denselben die doch nie geglaubte Arbeiterfreundlichkeit wieder einmal bewiesen werden soll. Schließlich bejwörtet sich Redner über die Säumnigkeit des Magistrats hinsichtlich Festsetzung der Gewerkekammerwahlen. Während in vielen kleineren Orten dieselben längst vollzogen seien, werde hier der Termin der Wahlen den Arbeitern sorgfältig verheimlicht, deswegen müßten dieselben auf der Hut sein, um von der Bekanntgabe des Wahltermins nicht, wie dies beabsichtigt zu sein scheint, überrumpelt zu werden. Es wurden noch verschiedene andere städtische Angelegenheiten erörtert und besonders die Verschleppung der Schlachthausfrage gerügt. Im Laufe der Debatte wurden zwei Resolutionen eingebracht, die einstimmig angenommen wurden. Die erste Resolution lautete: „Die heutige Versammlung beauftragt das feinerzeit gewählte Komitee, den Magistrat zu ersuchen, daß dem Komitee baldmöglichst Einblick in das Ortsstatut gewährt werde, damit dasselbe die nötigen Dispositionen für die Wahlen zum Gewerbegericht (d. h. die prozentuelle Verteilung) rechtzeitig vornehmen kann.“ Die zweite Resolution lautet: „Die heute im Café Restaurant stattfindende Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter beschließt, energisch dafür einzutreten, daß die bevorstehenden Wahlen zum Gewerbe-Schiedsgericht zu Gunsten der sozialdemokratischen Partei ausfallen.“ Darauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Herrenlos. In der Nacht vom 25. bis 26. ds. gegen 3 Uhr liefen auf der Bograuerstraße in der Nähe der Promenadenanlagen zwei Lämmer umher; dieselben wurden, da sich der Eigentümer nicht fand, nach dem städtischen Marstall geschafft.

Folge der Trunkenheit. Am 26. d. M., Abends, ging der z. J. obdachlose August Weidlich in trunkenem Zustande die Brüderstraße entlang und kam vor dem Grundstück Nr. 30 zu Fall. Dem Weidlich fehlt der

rechte Arm und deshalb vermochte er nicht die Gewalt des Falles zu mindern, so daß er mit voller Wucht mit dem Kopfe auf die Kante eines Granitsteines aufschlug und eine lange und tiefe Wunde über dem rechten Auge erlitt. Der Verletzte fand im Allerheiligen-Hospital Aufnahme.

Die Mörgeleien der hiesigen „freisinnigen“ Presse gegen die Forderungen der Buchdruckerhilfen dauern fort. Die „Breslauer Zeitung“ erzählt heute, daß die beanspruchte Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit eine Erhöhung der Produktionskosten in sich schließt, die auf 45 1/2 Prozent geschätzt werde. Natürlich von den Herren Arbeitgebern, denen es auf eine Moge mehr oder weniger noch nie angekommen ist, wenn es galt, die Forderungen der Arbeiterschaft in den Augen des großen Publikums zu diskreditieren. Tatsächlich dürften sich die Produktionskosten höchstens um etwa 23 Prozent erhöhen. Daß diese Erhöhung aber von jedem Buchdruckermeister ohne Schädigung des Geschäftsganges getragen werden kann, weiß heute schon der dümmste Lehrling ganz genau. Natürlich wird dadurch aber der Entbehrungslohn der Besitzer etwas geschmälert und deshalb das Jetergeschrei. Ganz selbstverständlich ist es natürlich auch, daß die Gehilfenchaft des mutmaßlichen Vertragsbruches schon jetzt beschuldigt wird. Wir gedenken bei Gelegenheit uns diese letztere Beschuldigung etwas genauer anzusehen.

Kautionschwindler. Vor wenigen Tagen erschien in einer hiesigen Zeitung ein Inserat, wonach von einer gräflichen Familie eine junge Dame als Repräsentantin des Hauses gesucht wurde. Gleichzeitig wurde die halbjährige Einzahlung einer Kautions von 3000 Mk. verlangt; das jährliche Honorar sollte 2000 Mk. betragen. Die Offerten waren nach Breslau und nach Frankfurt a. O. zu richten. Als der Urheber der Annonce wurde der Defonom Daniel Biskoll ermittelt, der erst vor Kurzem nach Verbüßung einer 3jährigen Strafe aus dem Gefängnis entlassen worden ist. Es fanden sich bei ihm zahlreiche bereits eingegangene Offerten vor. Auch Geldsendungen waren eingetroffen, deren Auszahlung aber beanstandet wurde, weil noch rechtzeitig entdeckt worden war, daß ein Betrug vorlag.

Verhaftungen. Festgenommen wurde am 26. d. M. der Bäckerlehrling Richard Z., der mehrere Bäckergehilfen auf der Schmiedebrücke bestohlen hatte. Bei der Durchsuchung fanden sich bei ihm 2 Steuerzettel auf die Namen Bäcker Ernst Seidel, Friedrich-Wilhelmstraße 27 und Maurer Ernst Schild, Klosterstraße 46 a vor, außerdem eine Nadeluhrkette nebst einem Zigarrenabschneider in Form einer Lichtpuffscheere, ein Ausziehbleistift und ein Pfeiffchaft mit Achatstein, der die Buchstaben A. M. trägt, ferner ein Verloque in Form einer Ringelwalze und ein Pfandschein über eine Remontoiruhr, auf den Namen Johann Purtsche lautend. Da in letzter Zeit Bäckergehilfen in großer Anzahl bestohlen worden sind, so ist anzunehmen, daß Z. in Gesellschaft eines noch nicht Ermittelten die Diebstähle verübt hat. Wer zu dessen Festnahme dienende Angaben machen kann, melde sich im Zimmer 21 des Polizei-Präsidiums. — Im Laufe der letztvergangenen Wochen mehrten sich die auf hiesigen Bahnhöfen verübten Taschendiebstähle in bedenklicher Weise. Hauptsächlich waren es Auswärtige, die in empfindlichster Weise bestohlen wurden. Am 27. d. glückte es, gleich zwei solche gefährliche Sänglinge festzunehmen, den einen auf dem Freiburger-, den andern auf dem Oberschlesischen Bahnhof. Es sind dies der bereits vielfach vorbestrafte Kellner Karl Rosack und der frühere Arbeiter Kornki. Letzterer schleuderte bei seiner Vernehmung drei leere Portemonnaies weg, die er ebenfalls gestohlen hatte. Wer sich noch durch einen der Diebe beschützt glaubt, melde sich im Zimmer 19 des Polizei-Präsidiums.

Feuer in Brodau. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag erhielt die Feuerwehr um 1 Uhr durch den Feuerwächter auf dem Elisabethenturm die Meldung, es sei außerhalb der Stadt, wahrscheinlich in Dürrgoy, ein großes Feuer ausgebrochen; der als Landspitze benutzte Doppelsprigenwagen mußte aber bis Brodau fahren, wo eine dem Gutsbesitzer Staroste gehörige dreitennige, gefüllte Scheuer und das an dieselbe anstoßende Stallgebäude brannten. Das Vieh war gerettet worden, es verbrannten jedoch eine große Anzahl Lauben, da auch der Laubenschlag vom Feuer vernichtet wurde. Die Breslauer Landspitze blieb bis Sonntag Vormittag 9 Uhr in Tätigkeit, da zu dieser Zeit die Gefahr der Weiterverbreitung des Feuers vollständig beseitigt war, während es auf dem eigentlichen Feuerherd noch brannte. Bei den Löscharbeiten sind zwei Unglücksfälle vorgekommen; der Dienstknecht Karl Pollner aus Althofnaß quetschte sich beim Auflegen der Spritze die vordersten Glieder des Mittelfingers der rechten Hand ab, und gleichzeitig zerquetschte sich der Kärner August Jenke aus Breslau, welcher als Antzger für die Breslauer

Spritze gebient hatte, zwei Finger der linken Hand. Beide Personen erhielten durch den auf der Brandstelle anwesenden Führer der Sanitätskolonne des hiesigen Feuer-rettungsvereins, Kaufmann Oskar Wiesner, den ersten Verband angelegt, dann wurde der Dienstknecht in das hiesige Krankenhaus der Barmherzigen Brüder gebracht, während sich der Marstallkärner in seiner Wohnung verpflegen läßt.

Alarmierung der Feuerwehr. Am 28. d. M. Nachmittag 1 Uhr, wurde durch die in Fürstenstraße Nr. 94 belegene Station mittels Telephon ein größeres Feuer im Grundstück Fürstenstraße Nr. 61 gemeldet. Bei Ankunft der Fahrzeuge brannte daselbst ein im Hofe befindlicher, mit Pappe gedeckter Wagenschuppen, in demselben befanden sich zwei Droschken, Futterkasten, Vorräte, Kleidungsstücke und Geschirrzug. Es wurde bei Ankunft des Haupttrains außer der schon in Tätigkeit befindlichen Spritze der Feuerwache 4 noch die Gasspritze zur Löscharbeit benützt und dadurch nach kurzer Zeit der weiteren Ausbreitung des Feuers Einhalt getan. Außer dem erwähnten Schuppen nebst Inhalt verbrannten noch an der Rückfront des Vorderhauses drei Türen und neun Fensterrahmen mitsamt der Verkleidung. Die Ablösung und Aufräumung der Brandstelle nahm längere Zeit in Anspruch; um 2 Uhr 47 Minuten Nachmittags trafen die letzten Fahrzeuge wieder auf der Hauptwache ein. Die Entstehungsurache des Feuers hat nicht ermittelt werden können.

Verirrtes Kind. Auf der Universitätsbrücke wurde am 27. d. M. Vormittags ein etwa 2 Jahre alter Knabe verlassen angetroffen und von dem Arbeiter Hermann Förster, Vincenzstraße 6 wohnhaft, in Pflege genommen. Das Kind ist mit weiß- und blauearriem Kleid, weißen Strümpfen und Knopfschuhen bekleidet. Die Kopfbedeckung fehlt.

Auffinden eines Entseelten. Am 27. d. M., Vormittags 10 1/2 Uhr, wurde am Oberufer unterhalb des Strauchwehns die schon stark in Verwesung übergegangene Leiche eines etwa 60 Jahre alten unbekanntes Mannes angeschwemmt und nach der Anatomie geschafft. Die Kleidung des Entseelten, der grauen Schnurrbart, graues Haar und starke Glase hatte, bestand u. a. aus schwarzem Anzug, weißem Oberhemd schwarzer Kravatte, braunen Strümpfen und Leder-gamaschen. In den Taschen der Kleidung fanden sich ein Portemonnaie mit 2,43 Mk. Inhalt und zwei Steuerquittungen vor, die auf den Namen Fabrikverwalter Franz Borawig, Ohlauerstraße 76.77, lauten.

Ein junger Dieb. In den letzten Tagen machte sich der Burche Franz Dubeck bei allen Leuten, mit denen er zusammentraf, durch das verschwenderische Ausgeben von Geld auffällig. Da das Geld auf reelle Weise nicht erworben schien, wurde D. festgenommen. Er giebt an, seinem Vater, der in Zabrze wohnt, gelegentlich eines Besuches 1200 Mk. gestohlen zu haben, und zwar habe das Geld auf dem Boden des Hauses versteckt gelegen. Bei dem Inhaftieren fanden sich außer Uhren u. dergl. noch über 300 Mk. vor. Er hat mit dem gestohlenen Gelde ein sehr flottes Leben geführt. Hauptsächlich machte er in Gesellschaft mehrerer Wädertagelange Droschkenpartien in die Umgegend von Breslau.

Zur Invaliditäts- und Altersversicherung. Bei einer großen Anzahl von Versicherungsanstalten bleibt die Einnahme an Beiträgen bedeutend hinter der Soll-einnahme zurück. Als Hauptgrund für dieses Faktum wird angenommen, daß ein bedeutender Prozentsatz der versicherungspflichtigen Personen tatsächlich noch immer nicht versichert ist. Daß ein Gesetz, das sich auch an Kreise wendet, deren ganzes Denken und Trachten der Kampf mit dem Leben absorbiert, sich nicht in neun Monaten eingelebt hat, ist sehr natürlich, dazu kommt die Unklarheit des Gesetzes, durch die es möglich ist, daß selbst die Behörden, die sich von Amtswegen mit dem Gesetz zu beschäftigen haben, über die Auslegung desselben nach neun Monaten noch verschiedenen Ansichten sind (Sehrlingsfrage, Weber zc.). Ist erst die Unklarheit bei den Behörden gehoben, so wird die Heranziehung der zur Zeit noch nicht versicherten versicherungspflichtigen sich durch eine Kontrolle, wie solche bei den Versicherungsanstalten durch das Gesetz (§§ 126 ff.) zusteht, leicht bewerkstelligen lassen. Ein anderer Grund der Differenz zwischen Einnahme und Soll-einnahme sind aber betrügerische Manipulationen und diesen stehen die Behörden, nach der jetzigen Lage der gesetzlichen Bestimmungen, machtlos gegenüber. Bei der jetzigen Versicherung durch Marken, der derzeit vorgeschriebenen Art des Aufklebens und Einwertens derselben, ist dem Betrug Tür und Tor geöffnet. Nicht nur die Marken gefundener oder gestohlener Karten (ein Arbeitgeber im Regierungsbezirk Liegnitz meldete kürzlich, daß ihm Karten mit Marken im Wert von ca. 800 Mark gestohlen worden seien) können

ohne Schwierigkeit nochmals benützt werden und ein Betrug ist unkontrollierbar, sondern auch durch sonstige Umstände wertlos gewordene Karten, z. B. von Verstorbenen oder von sich verheiratenden weiblichen Personen (dieselben, wie die Erben, erhalten nur die Hälfte des Marktwertes zurück), führen durch die Leichtigkeit, sich einen Vorteil zu verschaffen, in Verlesung, der zu widerstehen Viele zu schwach sind. Dazu kommt, daß gemäß § 105 des Gesetzes verlorene, unbrauchbar gewordene oder zerstörte Quittungskarten durch neue zu ersetzen sind. In die neue Quittungskarte werden die bis zum Verlust der Karte entrichteten Beiträge, soweit dieselben nachweisbar geleistet worden sind, in beglaubigter Form übertragen. Zu einem glaubhaften Nachweis ist in der Regel die Vorlegung der Lohnlisten des Arbeitgebers oder eine zuverlässige Auskunft desselben oder der Mitarbeiter des Versicherers für ausreichend zu erachten. (Vergl. Ziffer 24 der preussischen Anweisung, betr. das Verfahren bei der Ausstellung und dem Umtausch, sowie bei der Erneuerung (Ersetzung) von Quittungskarten. Vom 7. Oktober 1890.) Ein besonderer Nachweis, daß eine Quittungskarte verloren ist, wird vom Gesetz nicht gefordert, wäre auch wol schwer zu erbringen. Auch von einem formalen Aufgebots verlorener Quittungskarten wird abgesehen. Behauptet nun ein Versicherter, in dessen Quittungskarte tatsächlich — sagen wir — 50 Beitragsmarken der Lohnklasse IV der Versicherungsanstalt Berlin nebst schriftsmäßig vom Arbeitgeber eingelebt sind, in betrügerischer Absicht, daß er diese Quittungskarte verloren habe, so wird es ihm unter Bezugnahme auf die Lohnlisten seines Arbeitgebers bez. dessen Auskunft nicht schwer fallen, sich an zuständiger Stelle in den Besitz einer neuen Quittungskarte zu setzen, ohne daß er sonderlich die Gefahr einer Entdeckung zu fürchten braucht. Auf der Innenseite dieser neuen Karte wird vorschriftsmäßig auf den zur Aufnahme von Marken bestimmten Feldern eingetragen stehen: „Bei Erneuerung der Karte übertragen: 50 Mk. IV. B.-M. Berlin (d. h. 50 Marken Lohnklasse IV., Versicherungs-Anstalt Berlin).“ Durch diese Uebertragung bleibt dem Versicherten der Wert der 50 Beitragsmarken für alle Zeiten erhalten und er wird nun ungehindert die auf der betrügerischen Karte zurückbehaltenen, angeblich verlorenen Quittungskarte befindlichen 50 Marken, welche einen Wert von 15 Mark (50 x 30 Pf.) repräsentieren, zum Schaden der Versicherungsanstalt verwenden können.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 26. und 27. d. M. 167 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurden: Einem Bäcker auf der Furststraße ein Automat; einem Kutscher auf der Garvetstraße 8 Bettbezüge; einer Dame auf der Zietenstraße ein Portemonnaie mit 8 Mk. Inhalt; einem Bäckergehilfen auf der Heinrichstraße eine Harmonika. — Abhanden kamen: Einem Stellmacher auf der Blücherstraße ein Portemonnaie mit 41 Mk. Inhalt; einer Schlosserfrau auf der Sebanstraße eine goldene Kette mit Medaillon. — Gefunden wurden: Ein Zehnmarkstück, 3 Schirme, 2 Portemonnaies, ein Schulzeugnis, eine Laterne und 5 silberne Löffel.

Breslauer Marktpreise vom 26. September per 100 Kilogramm

	höchst niedr.	höchst niedr.	höchst niedr.
	Mk.	Mk.	Mk.
Weizen, weißer	23,20	22,90	21,30
Weizen, gelber	23,10	22,80	21,30
Roggen	23,70	23,20	22,50
Gerste	17,50	17,—	16,—
Hafer	17,20	17,—	16,80
do. neuer	15,40	14,90	14,40
Erbsen	19,50	18,80	18,—

Heu (neues) 2,30—2,80 Mk. pro 50 Kilogramm.
Roggenstroh 33,00—35,00 Mk. pro 600 Kilogramm.

Gerichtliches. Breslau, 28. September. Schwurgericht. — Betrügerlicher Bankrott. Die heutige Sitzung bildete den Schluß der IV. Schwurgerichtsperiode. Als Angeklagter wurde aus der Untersuchungshaft der Kaufmann Johann Knoblich von hier (Firma: J. Knoblich sen., Schmiedebrücke 33 — nicht zu verwechseln mit den Firmen J. Knoblich jun., Universitätsplatz 13, und A. Knoblich, Schmiedebrücke 28) vorgeführt, dem die Anklage zur Last liegt, er habe in der Absicht, seine Gläubiger zu benachteiligen, bei Ausbruch seines Konkurses Vermögensstücke verheimlicht bzw. bei Seite geschafft und in betrügerischer Absicht Handelsbücher falsch geführt. Knoblich hatte in der Schmiedebrücke 33 ein Papier- und Schreibmaterialien-Geschäft besessen. Am 13. Juni dieses Jahres brach über dasselbe der Konkurs aus, und Seitens des Gerichts wurde der vereidete Sachverständige, Kaufmann Ferdinand Landsberger, zum vorläufigen Verwalter der Masse ernannt. Bei der Inventarisierung der vorhandenen Waarenvorräte und Geschäftsbüchereien schienen es diesem, als wenn bei

deutende Warenvorräte fehlten. Knoblich leugnete dies auf Befragen, doch wurden später in der Wohnung des Knoblich, und auch im Keller versteckt, Siegellack, Bleistifte, Papier, Schreibbücher zc. im Werte von nahezu 500 Mark vorgefunden, von welchen Knoblich zugeben mußte, daß es aus dem Geschäft herrühre und eigentlich seiner Gläubigerschaft gehöre. Trotzdem bestritt Knoblich später, daß er die Waaren behufs Schädigung seiner Gläubiger bei Seite gebracht habe, und beharrte auch heute im Anfang vor den Geschworenen dabei, im Fortgang der zu seinen Ungunsten ausfallenden Beweisnahme machte er schließlich teilweise Zugeständnisse, indem er sein Verhalten mit seiner durch den schlechten Gang des Geschäfts entstandenen Notlage zu entschuldigen suchte. Bei der genauen Durchsichtung des Geschäfts hatte man auch in einer Schublade ein zweites Kassenbuch vorgefunden, in welchem sämtliche Tageseinnahmen höher angelegt waren, als in dem mit den übrigen Büchern an Landsberger abgelieferten Tages-Einnahme-Journal. Hieraus ließ die Staatsanwaltschaft gleichfalls auf ein betrügerisches Verhalten des Angeklagten; derselbe begründete aber das Vorhandensein dieses Kassenbuches damit, daß er sein Geschäft habe verkaufen wollen und daß er nur, um den etwaigen Käufer über den Ertrag desselben zu täuschen, das zweite Buch mit höheren (falschen) Beträgen angelegt habe. Aus den Bekundungen des auch zum definitiven Verwalter der Masse ernannten Herrn Landsberger ergab sich, daß die Passivmasse nahezu 8000 Mark betragen hat, daß aber auf die nicht bevorrechtigten Gläubiger ca. 60 Prozent entfallen werden. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Gerichts-Assessor Grünner, plaidierte für das Schuldig unter Ausschluß mildernder Umstände, der Verteidiger, ein Refendar, dagegen auf Verneinung der Schuldfrage event. nur Befreiung der Unterfrage wegen einfachen Bankrotts. Die Geschworenen bejahten die Frage betreffs Beiseiteschaffung von Vermögensstücken mit mehr als sieben Stimmen, verneinten dagegen die Frage der Buchfälschung. Da sie bei Befreiung der ersten Hauptfrage mildernde Umstände zugestanden hatten, so beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe in Höhe von 9 Monaten; der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis.

Schlesien.

Ratibor, 25. September. Wenn wir bei den hiesigen Lokalbesitzern um Ueberlassung ihres Saales zu einer Versammlung anfragen, so erhalten wir stets die stereotype Antwort: „Ja, recht herzlich gern würde ich den Saal hergeben. Die Polizei würde mich aber vielleicht zivilisieren, ein Strafmandat nach dem andern schicken und dann könnte ich zuletzt die Konfession verlieren.“ Nun fragt man sich verwundert: Uebertreten denn die Gastwirte die Gesetze derart, daß die Polizei so viel strafen kann? Oder tut es die Polizei aus lauter Willkür? Letzteres ist absolut ausgeschlossen. Die Gastwirte übertreten also wahrscheinlich die Gesetze so oft, daß die Polizei zu jeder Zeit Strafmandate zusenden kann. Sie lassen lieber den Vorteil, den sie aus einer in gesetzlicher Form tagenden Versammlung haben, fahren, damit sie nur nicht für eventuelle Gesetzesübertretungen bestraft werden. Ein Brauereibesitzer versprach uns auf sein „Manneswort“, uns seinen Saal zu überlassen, nur müsse er sich erst erkundigen, da er in dieser Sache noch ein Neuling sei. Was tat dieser „Mann vom Wort“? Er ging zum Bürgermeister und erklärte dort: „Die Sozialdemokraten wollen meinen Saal zu einer Versammlung haben und ich muß ihnen denselben geben, da ich ohnehin wenig Kundschafft habe; Steuern und Lizenzen aber muß ich sehr viel zahlen.“ Der Bürgermeister erwiderte: „Tun Sie, was Sie nicht lassen können.“ Der biedere Mann ging lächelnd nach Hause und — nächsten Sonntag hatte er die Erlaubnis zur Abhaltung öffentlicher Tanzmusik. Diese bekommt er jetzt alle 14 Tage. Früher erhielten nur zwei Saalbesitzer, an jedem Sonntag einer, die Erlaubnis, jetzt findet am zweiten Sonntage in zwei Lokalen öffentliche Tanzmusik statt. Man kann hieraus ersehen, daß wir auch als Lausitzer Wahl gebrauchbar werden können. — Die hiesige Filiale der Metallarbeiter-Krankenkasse hielt am 19. d. M. im Bekendtschaften Saale ihr Stiftungsfest. Zu diesem Zwecke hatte sich das Festkomitee die Musik von der Ulanenkapelle beim Stabs- trompeter bestellt. Auf einen anonymen Brief an den Kommandeur desselben Regiments untersagte der Kommandeur dem Kapellmeister, bei diesem Feste zu spielen, da, wie in dem erwähnten Briefe ihm mitgeteilt wurde, dieses eine sozialdemokratische Festlichkeit sei. Der Brief war unterschrieben: „Mehrere Reichstreuer“. Den einen „Reichstreuer“ resp. Denunzianten kennt man bereits, derselbe wäre auch im Stande, für einen Zubehörsoldat das deutsche Reich zu verraten. Uebrigens war der Stabsstrompeter so koulant, eine Zivillkapelle zum Feste zu beschoren. Unseren Genossen möchte ich aber raten, bei dieser schlechten Zeit und bei der steten Weigerung der Wirte, uns in Besammlungslokale zu überlassen, lieber auf Festlichkeiten zu verzichten. Sie können sich dadurch in das eigene Fleisch und machen die Lokalbesitzer uns gegenüber nur noch widerstandsfähiger.

Schneidemühl, 20. Marktstunde verschluckt. Der Dreher K. in Schneidemühl in Posen hatte einem Lokomotivführer die Summe von 163 M. entwendet, die aus acht 20-Marktstücken und Silbergeld bestand. In der Furcht, als Spitzbube entlarvt zu werden, verschluckte er die Goldstücke. Der Magen des Diebes sträubte sich indessen gegen die Verdauungsarbeit, und gesehnt traten bei K. solche Beschwerden ein, daß er einem Arzte ein Geständnis ablegen mußte. Der Bestohlene hat, Dank den ärztlichen Bemühungen, bereits 140 M. zurückerlangt.

Ples, 25. September. Großfeuer. Seit 1 Uhr Nachmittags brennt der nach der Gostine gelegene Teil des Dorfes Gielmisch. Vierzehn Stellen mit sämtlichen Nebengebäuden und Scheunen stehen in Flammen. Der Landrat Schröter leitet persönlich die Rettungsarbeiten. Das Feuer ist durch einen 13jährigen, verwahrlosten Schulknaben böswilliger Weise angelegt worden. Menschenleben und Tierverlust sind nicht zu beklagen.

Vollkühn, 27. Septbr. Irrtümlich verhaftet. Auch Vollkühn hat seinen Wegel. Ein hierorts wolbekannter Inasse des Trinkerapils zu Leipe wurde auf seiner Tour nach Striegau seiner angeblichen Nechtlichkeit mit dem Spandauer Raubmörder wegen für verdächtig befunden und weil er sich nicht legitimieren konnte, arretiert. Als derselbe durch mehrere Transporteure dem hiesigen Amtsgericht zur Vernehmung zugeführt wurde, klärte sich das Mißgeschick auf, das dem Betroffenen arg zu Herzen ging.

Ratibor, 27. Septbr. Grubenunfall. Dem „Oberschlesischen Anzeiger“ zufolge wurde auf dem Krugischacht in der fiskalischen Königin Luisegrube beim Schichtwechsel die Schale bei der Einfahrt so heftig aufgesetzt, daß 14 auf derselben befindliche Bergleute mehr oder minder schwere Verletzungen davontrugen.

Mittelwalde, 24. September. Die Schlesische Handweber-Gesellschaft Schubert u. Comp. erläßt folgende Bekanntmachung: Weber! Die Militärlieferungen sind nicht mehr wie früher vergeben worden! — Unser neues Unternehmen hat, Dank der vielseitigen Unterstützung hoher Behörden, bedeutende königliche Lieferungen zugewiesen erhalten und ist es uns ein Herzensbedürfnis, zur Beruhigung der Weberbevölkerung schon jetzt bekannt zu geben, daß für Beschäftigung in allen Artweisen, wie feine breite und schmale Treasleinen, Lateneinen, Handtüchern, Galicot, Caros u. s. w. ausreißend gesorgt ist; daß wir weiterhin bestrebt sind, für alle diese Sachen die Löhne wesentlich zu erhöhen, um die Lage der Handweber zu verbessern. — Na, nun werden die Weber halb per Equipage zur Arbeit fahren können.

Namslau. Vom Zuge zertrümmert. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich heute Morgen gegen 6 Uhr auf der Strecke zwischen Namslau und Namslau. Der Bremser J. fiel kurz vor Einfahrt des Güterzuges 2408 in den Bahnhof Namslau aus noch nicht aufgeklärter Ursache von seiner Cabrioletbremse so unglücklich zwischen die Wagen, daß er als gräßlich verstümmelte Leiche aufgefunden wurde. Die Näher waren ihm über den Leib gegangen.

Posen.

Nawitzsch, den 28. September. Es geht vorwärts trotz alledem! Endlich sind wir wieder in der Lage, durch Abhaltung von Versammlungen Licht und Wissen unter die gedrückte Masse der Arbeiter bringen zu können. Nachdem wir seit einem halben Jahre vergeblich bemüht waren, ein Versammlungslokal von den hiesigen Gastwirten zu erlangen, blieb uns kein anderes Mittel übrig, als das Mieten eines entsprechenden Raumes und dies gelang uns, trotzdem die Gegner schon ein Siegesgeheul ausstießen, daß wir tot wären, indem wir eine erst seit einigen Wochen neuverbaute massive Remise mit dem Bemerkten zu mieten bekamen, daß wir in deren Benutzung unbeschränkt sind. Einige Genossen haben diesen über 200 Menschen fassenden Raum auch gleich in entsprechender Weise geschmückt und ist durch selbsttätige Weise auch für das Anbringen mehrerer Bänke und Tische gesorgt worden. Demzufolge hat auch schon am Sonntag, den 27. September die erste Generalversammlung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereins darin stattgefunden, und wurde den zahlreich erschienenen Mitgliedern und Gästen neben der Vereins-Abrechnung, die solange unterbleiben mußte, ein Situations-Bericht über örtliche Vorgänge erstattet, welcher große Erregung und Unwillen unter den Anwesenden hervorrief. Hieran schloß sich eine kurze Kennzeichnung der heutigen agrarischen Wirtschaftsverhältnisse gegenüber den Bestrebungen der Sozialdemokratie. Ein stürmisches Bravo bewies, mit welchem gutem Verständnis der Vortrag aufgenommen wurde. Nachdem noch das Gebahren der hiesigen Polizei scharf kritisiert worden war und zum Abonnement auf die Arbeiter-Zeitungen durch welche der Arbeiter in Wahrheit über die wichtigsten Vorgänge unterrichtet und aufgeklärt wird, in unserem Verein zum Abonnement auf die „Volkswacht“ die unsere Interessen voll und ganz vertritt, aufgefordert wurde, schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf die völkerverbindende internationale Sozialdemokratie, welches donnernd erschalle, die Versammlung, mit dem Bemerkten, daß bald eine öffentliche Statistiken werde.

Dürowo, Unglück. In Jazwiny bei Mirkstadt verunglückte beim Spielen ein zweijähriges Kind, indem es auf eine Schaukelschnur so unglücklich mit dem Halse fiel, daß es sich mit den Händen aus seiner Lage nicht befreien konnte. Das Kind starb den Erstickenstob.

Posen, 26. Septbr. Aufgehobenes Todesurteil. Nach einer von Leipzig hier eingegangenen Mitteilung ist das im Juli d. J. vom hiesigen Schwurgericht gegen den Knabenmörder Hoffmann gefällte Todesurteil vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Entscheidung vor das Schwurgericht in Posen verwiesen worden. Die Verhandlung dürfte, nach der „Pos. Ztg.“ das Schwurgericht bereits in der nächsten Session beschäftigen. Das Todesurteil im Magdeburger Prozeß gegen Hoffmann ist bekanntlich rechtskräftig geworden.

Dürowo, 23. September. Schon wieder Einer! Das hiesige Schwurgericht verurteilte in seiner gestrigen Sitzung den aus der Untersuchungsanstalt vorgeführten Bürgermeister und Postverwalter Vincent Hubert aus Raschkowo wegen Unterschlagung amtlicher Gelder und Urkundenfälschung zu neun Monaten Gefängnis.

Gnesen, 24. September. In den Straßen unserer Stadt sieht man zur Zeit eine sehr große Anzahl von Arbeitern mit Erdarbeiten beschäftigt; die Postverwaltung hat nämlich beschlossen, die oberirdischen Telegraphenleitungen innerhalb des Stadtbezirks in unterirdische umzuwandeln. Es ist gestern bereits an mehreren Stellen mit der Legung des Telegraphenabels begonnen worden. Anlaß zu dieser Veränderung mag nach dem „Posener Tageblatt“ wol hauptsächlich der Umstand gegeben haben, daß die oberirdischen Leitungen, namentlich in engeren Straßen, vielfachen Beschädigungen ausgesetzt sind, während andererseits der Verkehr in diesen Straßen durch das Vorhandensein der mitunter sehr hinderlichen Telegraphenstangen nicht unerheblich erschwert wird.

Bereins-Kalender.

Leser- und Diskutierklub „Gleichheit“. Dienstag, den 29. September c. Abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Vereinslokal Borwerkstraße 47 (zum Raben).
 Leser- und Diskutierklub „Vorwärts“. Jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant des Herrn Stache, Höfchen- und Friedrichstraße 66.
 Leser- und Diskutierklub „Solidarität“. Jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Vereinslokal Lehndamm 28.
 Leser- und Diskutierklub „Freiheit“. Vereinsabend jeden Dienstag Abend 8 Uhr in Herrn Kulms Lokal, Ludwigstraße Nr. 3 (zum Rosenhain). Gäste sind willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.
 Metallarbeiter-Verband Zahlstelle Breslau. Die Kassenabende finden jeden Sonnabend 8 Uhr Abends im Lokale des Herrn Gottwig, Barbaragasse Nr. 3 statt. Daselbst Ausgabe des Verbands-Organs und Mitgliederaufnahme. Diejenigen Mitglieder, welche sich einschreiben lassen, ihre Bücher aber noch nicht abgeholt haben, werden ersucht, dieselben recht bald abzuholen.
 Gesangverein Breslauer Hutmacher. Jeden Donnerstag, Abends von 8 1/2 - 10 1/2 Uhr: Übungsstunde. Nummer 1 im Restaurant Mai.

Standesamtliche Nachrichten.

Bom 28. September.
 Heirats-Ankündigungen I. Schuhmacher Emil Dschowsky, kath., Sonnenstraße 3, und Marie Golla, evang., Wallstraße 21. — Schneidermeister Franz Sabisch, kath., Schmittebrücke 44, und Emilie Zillmann, evang., Tauensienstraße 27. — Wächter Karl Helbig, kath., Langeasse 18, und Anna Klein, kath., Seminarergasse 8. — Bildhauer Paul Lehmann, ref., Kurzeasse 56, und Anna Wöber, evang., Sonnenstraße 2. — II. Kapellmeister Victor Hollaender, mos., zu Berlin, und Rosa Perle, mos., Blumenstraße 2. — Arbeiter Carl Ludwig, kath., Garvestraße 13, und Rosa Eitner, geb. Brucksch, kath., Wehnergasse 1. — Briefträger Julius Graf, kath., Bietenstraße 5, und Agnes Klose, ev., Salvatorplatz 7. — Privatier Ewald Hammer, ev., Dhlauer Stadtgraben 29, und Elisabeth Wöfel, ev., Dhlauer-Ufer 8. — III. Monteur Friedrich Kellert, ev., Tiergartenstraße 41, und Maria Steinfel, geb. Schirbel, kath., daselbst. — Maurer Karl Basler, evang., Gellhornstraße 41, und Marianne Hoffmann, kath., Gellhornstraße 43. — Kaufmann und Pfandleih-Institutsbesitzer Karl Kreisamer, kath., Hirschstraße 47, und Ella Meier, evang., Gräbchenstraße 6. — Destillateur Paul Betrauschke, ev., Mehlgasse 13, und Auguste Wagner, ev., Friedrich-Karlstr. 12. — Schneider Julius Hante, ev., Heilige Geiststraße 3, und Emma Schutnecht, ev., Mehlgasse 29. — Gasanstalts-Mitbesitzer Hugo Kehler, jüd., zu Larnowitz, und Regina Jacobowitz, jüd., Matthiasplatz 2.

Scheidelösungen I. Kaufmann Hermann Heubach, ev., zu München, mit Elisabeth Schneider, kath., hier. — Bürgerschullehrer Martin Scholz, ev., mit Katharina Reichert, ev., hier. — Brauer Curt Eise, ev., mit Pauline Zworet, ev., hier. — II. Hilfsabemeister Paul Schmidt, kath., mit Anna Stenzel, kath., hier. — Fleischer Wilhelm Krusch, ev., mit Klara Freund, kath., hier. — Aufseher Bernhard Schwarzer, kath., hier, mit Susanna Schwert, ev., zu Mainz. — Todtengräber Karl Adler, ev., mit Karoline Kollen, geb. Hoch, ev., hier. — Steinchleifer Hugo Knappe, kath., mit Bertha Scholz, ev., hier. — III. Bädermeister Reinhold Bachmann, ev., mit Clara Heinrich, ev., hier. — Schlosser Karl Burjag, ev., mit Selma Werner, ev., hier. — Trompeter und Sergeant Arthur Heide, ev., mit Elise Richter, ev., hier. — Präger Georg Müller, ev., mit Maria Heyfelder, ev., hier.

Geburten I. Disponent Karl Langner, kath., L. — Brauer Gustav Eilgner, ev., S. — Maurer Ernst Weh, ev., S. — Restaurateur Ernst Hoffmann, ev., L. — Dachdecker Paul Neumann, L. — Stellner August Wiesner, L. — Tischlermeister Emil Köferich, ev., L. — Maschinist Josef Hoffmann, L. — Prokurist Paul Nierle, L. — Schlosser Robert Dittmann, L. — Zigarrenarbeiter Felix Schneider, ev., S. — Arbeiter Oswald Schmidt, ev., L. — II. Rutscher August Jannet, L. — Fleischermeister Karl Zimmerling, ev., S. — Tischler Gustav Kühnel, ev., L. — Sattler Gustav Kreisamer, L. — Arbeiter Carl Zimmara, ev., L. — Maschinenheizer Wilhelm Hubrid, ev., Zwillinge, S. und L. Hilfsbremser Paul Kubat, ev., S. — Maler Paul Strelote, L. — Bahnarbeiter August Weh, ev., S. — Landmesser Magimilian Grundey, L. — Arbeiter Wilh. Altmann, L. — Produktenhändler Heinrich Meier, L. — Schuhmachermeister Karl Scholz, L. — Pfefferkühler Heinrich Köhler, L. — Schneider Johannes Müller, kath., L. — Pensionierter Schaffner Stanislaus Günther, kath., S. — Arbeiter Wilhelm Masake, evang., L. — Maurer Carl Steinert, evang., L. — Haushälter Paul Weh, evang., S. — Früherer Hilfsheizer Heinrich Spotte, kath., L. — Buchhalter Reinhold Herting, evang., L. — Schmied Hermann Peter, evang., S. — Maler Wilhelm Ernst, evang., L. — Rutscher August Reichelt, kath., L. — Sattler Felix Marchwitz, ev., S. — Postunterbeamter Ernst Kosok, evang., L. — III. Tischlermeister Karl Kotschate, kath., S. — Mühlenbauer Robert Walter, evang., S. — Maurer Ernst Scheithauer, kath., L. — Müller Paul Schubert, evang., S. — Tischler Philipp Niesporek, kath., L. — Brenner Johann Stilla, kath., S. — Arbeiter Gustav Henschke, evang., S.

Todesfälle I. Arbeiterwitwe Rosina Verleih, geb. Wende, 73 J. — Kaufmannsrau Bertha Jochenstein, geb. Nathan, 44 J. — Kupferschmiedemeister Hugo Fündels, 61 J. — Emma, L. des Schänkers Emil Kaske, 12 W. — Georg, S. des Handelsmanns Johann Bender, 26 L. — Haushälterwitwe Clara Glennis, geb. Nieweger, 69 J. — Fleischermeisterwitwe Magdalena Ehielscher, geb. Hellmann, 79 J. — Maurer August Pöskold, 31 J. — Maurermeisterwitwe Sophie Grünig, geb. Wismann, 72 J. — Rudolf, S. des Arbeiters Ernst Schliebs, 8 Mon. — Chemaliger Arbeiter Ferdinand Watschei, 41 J. — II. Walter, S. des Buchhalters Oskar Littmann, 8 W. — Tischlermeister Richard Zimmermann, 36 J. — Mag., S. des Schuhmachermeisters Hermann Lannhäuser, 4 J. — Königl. Oberlieutenant und Rittergutsbesitzer Bruno von Rothkirch und Wamben, 73 J. — Königl. Eisenbahndirektor a. D. Otto Hoffmann, 57 J. — Schieferdeckermeister Hermann Bobref, 62 J. — Zimmermann Erdmann Heinrich, 52 J. — Anstreicher Carl Coppel, 27 J. — Alfred, S. des Hilfsbremsers August Ginz, 9 Mon.

